

1971
3. Jg.

Rote Presse Korrespondenz

Nr. 104
26. 2.

Redaktion: KPD- AUFBAUORGANISATION, STUDENTENKOMMISSION DER KPD-AUFBAUORGANISATION, ROTZEG, ROTZMED, ROTZJUR, Geschäftsführung, Vertrieb

EINZELPREIS 1 DM

DIE HETZJAGD DES STAATSAPPARATS AUF EINE ANGEBLICHE BAADER-BANDE SOLL DIE ILLEGALISIERUNG DER KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG VORBEREITEN



uns interessiert die geschichte der bundesrepublik aus zwei gründen: uns interessiert natürlich die geschichte der alten linken, das heißt der alten opposition, die 1966 mit dem eintreten der sozialdemokratie in die grosse koalition in bonn als opposition integriert und so paralysiert worden ist und uns interessiert natürlich aus der bestimmung revolutionärer politik im imperialismus als proletarischem internationalismus die rolle der bundesrepublik im weltsystem des amerikanischen kapitals, die von adenauer bis schmidt eine linie hat: antikommunismus, politisch – ökonomisch – militärisch subordination westeuropas unter die us-aussenpolitik – anders gesagt: die linie von adenauer bis schmidt in der westdeutschen regierungspolitik als funktion der weltinnenpolitik der usa und das heisst, als funktion der rolle der usa nach 45 als weltpolizist.

Ulrike Meinhof

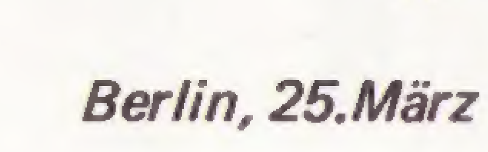
Die Frage ist, wie es kommt, daß Gruppen, die sich auf die Verteidigung der Guerilla beziehen, ihr Geschichtsbild nicht korrigieren können. Sie übernehmen die schlechten Widersprüche dieser Theorie und schreiben sie fort... Eine Antwort ist bestimmt, daß den Toten eine gespenstische Treue gehalten wird. Eine andere Antwort: daß doktrinär fortgeschriebene Thesen von 1972 so ungefähr als die einzigen Analyse-Versuche in der Linken dastehen...

('s Blättle und "Fantasia" – eine Auseinandersetzung. Seite 2)

Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 328 4. April 1980 2,50 DM incl. 6,5 % MWSt. D 1870 C

Nachdem sich in Berlin, Köln und Hamburg schwule Genossen innerhalb der SPD bzw. der Jungsozialisten zu Arbeitsgemeinschaften zusammengetan haben, wurde.nun endlich auch in Bremen eine SchwusoAG ins Leben gerufen.
Kontakt: Schwuso Bremen, c/o Olaf Straßburger, Postfach 10 1272, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421 / 614416.

Der Buchladen „Heile Welt" soll in Melle eröffnet werden. Die Leute, die ihn machen wollen, haben aber kaum Ahnung von Wirtschaftsrecht und vielem, was so rechtlich für einen Laden notwendig ist. Sie bitten Erfahrene um Hilfe und Tips.
Kontakt: Heile Welt, c/o Detlef Heubaum, Auf der Asel 25, 4520 Melle 4.

Kurzwellenhörer haben jetzt wieder Gelegenheit, deutschsprachige Sendungen aus Kabul auf der Wellenlänge 19.91 m (entsprechend 15 075 Kilohertz) zu empfangen. Nach der sowjetischen Invasion war der Sendebetrieb des afghanischen Auslandsdienstes vorübergehend eingestellt worden. Das deutsche Programm, bestehend aus Nachrichten, Kommentar und orientalischer Musik, aus der nach wie vor besetzten Hauptstadt Kabul ist von 19.30 bis 20.00 Uhr zu hören. Gegenüber dem Vorjahr, als der Sender noch mit eigenen technischen Mitteln arbeitete, ist eine spürbare Verbesserung der Empfangsqualität eingetreten. Die Station gibt als Anschrift Radio Afghanistan, Box 544, Kabul an;
Rückantworten sollen bei Beilage von einem internationalen Antwortschein (in jedem Postamt erhältlich) erfolgen.

Nimm mich – wie ich bin

Dieser Aufkleber – blaues Haus auf gelbem Grund – entstand in Münster im Zusammenhang mit der Hausbesetzung durch die Wohnraumrettungsinitiative im Arbeitskreis Umwelt. Bestellt kann er werden bei:
Arbeitskreis Umwelt, c/o Bärbel, Clevornstr. 16, 4400 Münster

Ab Anfang Mai wird es vierteljährlich den SCHWARZEN FADEN geben. Die Zeitschrift versteht sich als Diskussionsforum verschiedenster anarchistischer Positionen und wird hauptsächlich theoretische Beiträge zu aktuellen politischen und kulturellen Themen enthalten.
Die Nullnummer wird Artikel enthalten zu: Isolationsfolter in Dänemark, Patty Hearst, Terrorismus „nach Ausschwitz", eine Kritik an der Avantgardepolitik der RAF, zum Anarchosyndikalismus in der BRD, zu den Wahlen, anarchistischer Kunst und eine Vorstellung der Clown-Power!
Eine Einzelnummer wird 3,– DM, ein Jahresabo 10,– DM kosten.
Kontakt: Redaktion SCHWARZER FADEN c/o Wolfgang Haug, Obere Weibermarktstraße 3, 7410 Reutlingen.

Broschüre gegen Hochsicherheitstrakt

Die Vereinigung Berliner Strafverteidiger e.V. hat eine Broschüre unter dem Titel: „Hochsicherheitstrakt und Menschenwürde" zusammengestellt. Inhalt: Schreiben der Strafverteidigungsvereinigung an Justizsenator Meyer Protokoll einer Podiumsdiskussion mit o.g. Meyer am Vorabend der Traktbelegung, sowie Stellungnahmen und Pressespiegel. Die Broschüre ist gegen Einsendung von 3,30 DM in Briefmarken bei dem „Regenbogen-Buchvertrieb", Seelingstr. 47, 1 Berlin 19 erhältlic

STADT-LAND-DIALOG

Vom 18. - 20.4. findet in der FU Berlin eine Veranstaltung unter dem Thema "Stadt-Land-Dialog" statt. Veranstalter dieses Kongresses sind: Traumstadt, Verlag Ästhetik & Kommunikation, Basisgruppen, Stadtflüchtige und -rückkehrer.
Angefangen wird mit einem Podiumsgespräch am Freitag um 19 Uhr in der FU. Am Samstag folgen dann Arbeitsgruppen zum Flüchtlingsproblem und anderen Grundwidersprüchen. Abends dann ein bunter Abend mit freidenkenden Landwirten, landwirtschaftlichen Freidenkern und anderen Subjekten verschiedener Scenes. Wer mehr darüber wissen will kann anrufen beim Stadt-Land-Büro, **Ä & K, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61, Tel.: 030/691 20 35 (Mo - Fr 16 - 20 Uhr)**

„RING FREI"

Berlin, 25.März

Der Prozeß gegen zwei Angeklagte vom bug-info in Berlin, Gerd und Gerald, wird demnächst eröffnet. Ihnen wird vorgeworfen, nach dem Konzept des Redaktionskollektivs unter Inanspruchnahme einer absoluten Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit eine ‚Gegenöffentlichkeit' geschaffen zu haben. Außerdem hätten sich die Artikel der Druckschrift überwiegend mit den Straftaten terroristischer Vereinigungen u.a. befaßt (s. ID Nr. 318).

Da Gerd in Hamburg lebt, kann er sich nur von dort aus auf den Prozeß vorbereiten. Sein Hamburger Wahlverteidiger ist (weil er eben aus Hamburg kommt) zum x-ten Male als Pflichtverteidiger abgelehnt worden. Eine Verfassungsbeschwerde des Anwalts wurde von Karlsruhe abgelehnt. Somit ist bis jetzt unklar, wie die hohen Reisespesen finanziert werden sollen. Ein Berliner Anwalt seines Vertrauens ist auf Grund des § 146 StPO (Mehrfachverteidigung) bisher nicht zu finden. Gerd droht also ein Zwangsverteidiger.

Der Prozeß beginnt am 16.April im Kriminalgericht Moabit, Turmstr., Raum 701. Verhandelt wird jeden Montag und Mittwoch ab 9 Uhr. Die in letzter Zeit in Mode gekommene Aquariumsathmosphäre für die Angeklagten gehört ebenso wie die üblichen Ausweis- und Sicherheitskontrollen am Eingang zum Service.

Die Handvoll, die wir bis jetzt sind, können es nicht schaffen, den Prozeß vorzubereiten.

Finanziell darf uns geholfen werden, denn der Prozeß wird wohl fünfstellig zu Buche schlagen. Sparbuchzinsen vom letzten Jahr oder ein Teil des Lohnsteuerjahresausgleichs oder sonst was können überwiesen werden auf das Konto:

Sparkasse der Stadt Berlin West, BLZ 100 500 00, Kto. Nr. 0330025694 Rolf Niebel, Prozeßkonto BUG-Info.

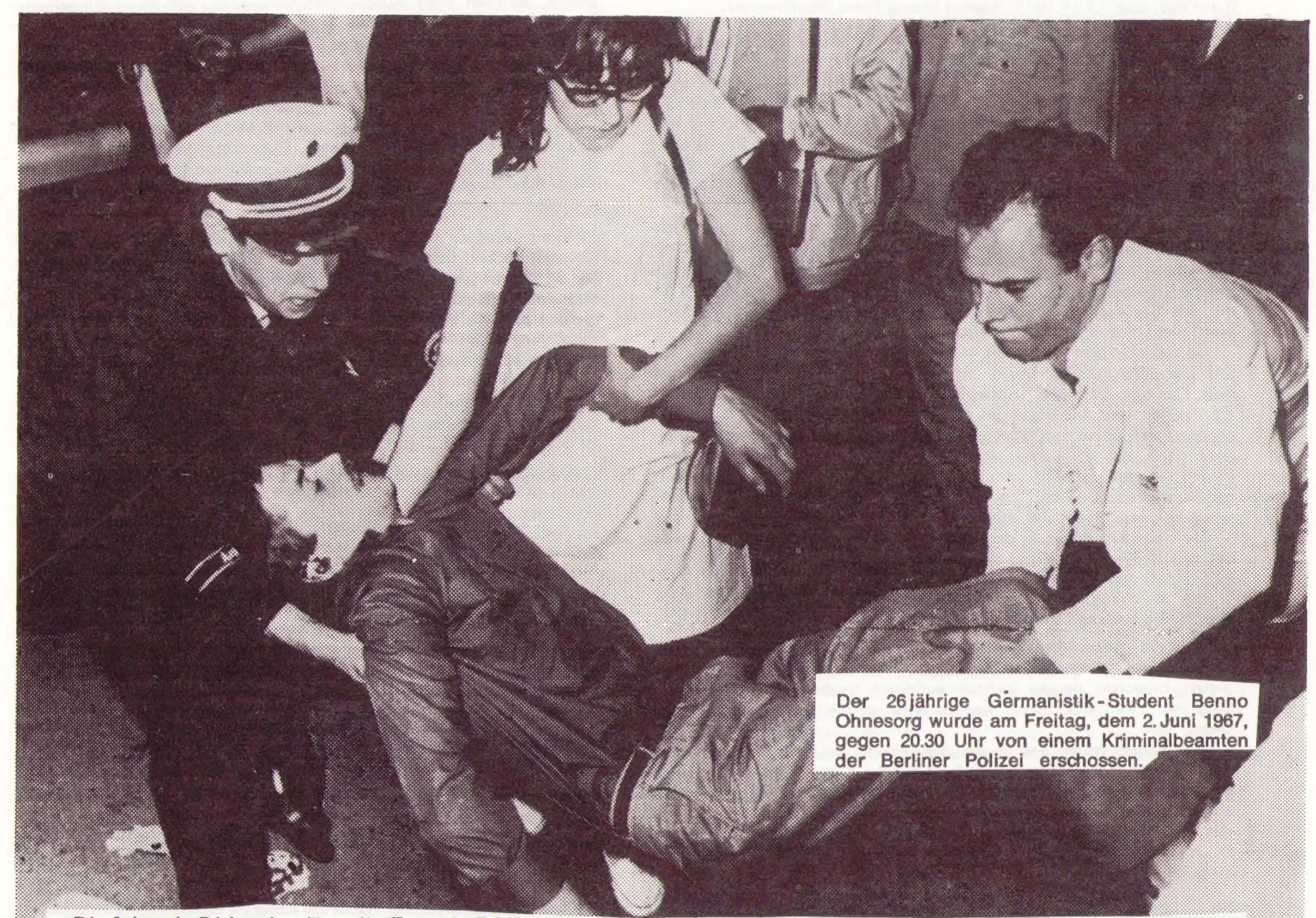
„Mal anders" heißt eine neue undogmatische Stadtzeitung, die im schönen Kaltenkirchen (12.000 Einwohner) im Jugendzentrum entstanden ist. Leider ist die Adresse der Zeitung fort. Meldet euch mal !

Michael Rehorik ist am 14. März fristlos aus der Firma Händler, Maschinen- und Waggonbau, in Regensburg geflogen, weil er die Plakette „Stoppt Strauß" getragen hat. Michael Rehorik, der jetzt auf seinen Arbeitsgerichtsprozeß wartet, fordert alle Arbeitnehmer auf, sich mit „Stoppt Strauß"-Plaketten zu behängen.
Kontakt: Michael Rehorik, Vor der Grieb 3, 84 00 Regensburg

Die Antiimperialistischen Buchhalter

HABEN DIE GESCHICHTE NUR FORTGESCHRIE-BEN,

aber nicht ihre eigenen Köpfe zerbrochen. Eine Kritik an „Fantasia".



Der 26jährige Germanistik-Student Benno Ohnesorg wurde am Freitag, dem 2. Juni 1967, gegen 20.30 Uhr von einem Kriminalbeamten der Berliner Polizei erschossen.

Die folgende Diskussion über die Fantasia-Erklärung von Anfang Januar hat begonnen, bevor die Urteile gegen die Angeklagten bekanntgegeben wurden. Sie sind brutaler ausgefallen als erwartet: Herbert Schlage (Bert) und Barbara Meyer-Schlage (Babs) bekamen je zwei Jahre Knast; Doris Braune, Dorit Brücher und Birgit Rauth je anderthalb Jahre. Alles ohne Bewährung. Haftbefehle gegen alle fünf sind aufrechterhalten, nur außer Vollzug gesetzt, obwohl die drei letztgenannten wegen der erlittenen Untersuchungshaft nur noch wenige Wochen Reststrafe abzusitzen hätten. Bert und Babs, die nur ein paar Tage im Knast waren, müssen sich wöchentlich bei der Polizei melden, brauchen aber wahrscheinlich nur dann in den Knast, wenn die Revision verworfen wird.

Wir haben uns gefragt, ob wir angesichts dieser Urteile die Diskussion noch veröffentlichen sollen. Wir meinen: ja. Kontroversen in der linken Öffentlichkeit auszulösen, muß der Sinn der Prozeßerklärung sein. Die Diskussion darüber ist, gleich wie scharf die Kritik ausfällt, keine Distanzierung; sie ist ein Teil der Solidarität mit den Fantasia-Druckern.

Kontakt: über Rechtsanwalt Hartmut Tschaksch, Kaiserstr. 11, 6050 Offenbach, Tel.: 0611/ 81 30 35.

Im ID 321 war die Fantasia-Prozeßerklärung von Anfang Januar 1980 nur soweit abgedruckt, wie sie auf den Prozeßverlauf Bezug nahm. Hier ist die komplette Erklärung, weil es hier um die gesamte Politik und Theorie der Fantasia-Gruppe geht:

„Wir beantragen die sofortige Einste''ung des Verfahrens gegen uns.

Begründung:

Der Prozeß gegen uns ist ein Teil der Aufstandsbekämpfung, deren Richtlinien in internationalen Gremien entwickelt wurden zur Befriedung der Metropolen, der Peripherieländer und der Dritten Welt.

Diese Richtlinien werden innerhalb der NATO sowie in dem special comitee entwickelt, einem Unterausschuß des Sicherheitsausschusses der NATO — einem Gremium von Regierungsvertretern der westeuropäischen und nordamerikanischen Länder des Bündnisses, das der Festlegung und Abstimmung der Maßnahmen der Widerstandsbekämpfung dient.

Die Grundlagen, von denen aus in diesem Ausschuß die Strategien der Aufstandsbekämpfung entwickelt wurden, stützen sich auf die von den Geheimdiensten, in denen auch Bundesnachrichtendienst und Bundesamt für Verfassungsschutz personell vertreten sind, vorgegebenen 'Sicherheits- und psychologischen Lageberichten' in den Metropolen.

Von der amerikanischen Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung wird ein Bericht vorgelegt über die Guerillagruppen, die von den Militärs des Pentagons als stärkste Bedrohung für den US-Imperialismus betrachtet werden.

US-Behörde wertet RAF als transnationale Gefahr. . . nur 4 oder 5 der etwa 50 bekannten Gueriallagruppen stellen eine transnationale Gefahr dar. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht der Amerikanischen Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung, der in Washington veröffentlicht wurde.

Als gefährlichste Organisation wurde neben der deutschen RAF die Palestian Liberation Organisation (PLO), die japanische Rote Armee, die puertorikanische Befreiungsbewegung und die amerikanische Indianerbewegung genannt. Der Bericht empfiehlt den USA die vorbeugende Bildung eines Krisenstabes nach bundesdeutschem Muster." (Laut Welt vom 13.11.1977, Agence France Press, Washington)

Im „Special Commitee" werden konkrete Vorschläge gemacht zur Ausschaltung antiimperialistischen Widerstands und zur Praxis der psychologischen Kriegsführung, wie es z.B. in dem 1975 entstandenen ISC-Report steht. Dort heißt es: Daß, um den bewaffneten Widerstand ausschalten zu können, es vor allem darum gehe, das Denken der Bevölkerung auf die staatserhaltende Linie auszurichten, das Bewußtsein der Menschen zu kolonialisieren. Man müsse „die Zusammenarbeit mit den Medienleuten suchen mit dem Ziel einer fairen Darstellung von der Notwendigkeit von Countermaßnahmen."

Die Countermaßnahmen (d.h. die Maßnahmen der psychologischen Kriegsführung, wie Hetze in den Medien usw. . . .) sind ein wesentliches Instrument, über das suggeriert werden soll, daß es dabei um die Bewältigung krimineller Taten gehe ohne politischen Stellenwert und, um damit der Bevölkerung die Notwendigkeit und Möglichkeit von Widerstand nicht bewußt werden zu lassen.

So sagte Dregger: „Handelt es sich nicht um gewöhnliche Kriminalität? Der Justizminister Vogel hat schon gesagt — ich stimme ihm zu: nein. Denn gewöhnliche Kriminalität richtet sich nur gegen das Leben, die Freiheit und das Eigentum einzelner, aber nicht gegen die Rechtsordnung als Ganzes, nicht gegen den Staat. . . ". Der eigentliche Angriff richtet sich gegen den Staat und gegen die Demokratie." Und Carstens in den Antiterrordebatten im Parlament 1975: „Offensives Vorgehen der Bundesregierung und der Sicherheitsorgane gegen die Terroristenorganisationen, eine viel stärkere Ausrichtung auf die Gruppe der Sympathisanten, denen in deutlicher Weise klar gemacht werden muß, daß sie dadurch, daß sie mit diesen Gruppen sympathisieren, den Rechtsstaat und unsere Rechtsordnung gefährden".

Der Ausdruck, wie diese „deutliche Weise" gegenüber den Sympathisanten aussehen soll, ist der Prozeß gegen uns.

Um die permanente Hetze gegen die RAF betreiben zu können, brauchen sie die Medien, die als Sprachrohr der Polizeibehörden fungieren, brauchen. sie die institutionalisierte Nachrichtensperre, indem alles das unterdrückt wird, was im Widerspruch zu ihrer Propaganda steht.

Der Prozeß gegen uns ist die Ausweitung der Kriegsführung gegen die Guerilla auf die legale antifaschistische Linke und bedient sich derselben Mittel, der Denunziation, der Lügen, Verfälschungen in den Medien, um die Angriffe des Staatsschutzes wie die Hausdurchsuchungen, die Druckmaschinenbeschlagnahme, die Verhaftungen von Doris, Dorit und Birgid und jetzt den Prozeß nach außen legitim erscheinen zu lassen.

So wurden in den Medien die Verhaftungen als Fahndungserfolge propagiert:

- „Welt", 20.5.78: „mutmaßliche Terroristinnen festgenommen",
- „Rheinpfalz", 20.5.78: „Kuriere des Terrorismus",
- „Bild", 20.5.78: „Stuttgart: Terrornest ausgehoben",
- „Abend", 15.1.79: „Bei der RAF mitgemacht?"
- „Bild am Sonntag", 14.1.79: „Fall Schleyer, junge Frau festgenommen".

Die Handlangertätigkeit der Justiz für den Staatsschutz ist auch konkret in dem Prozeß gegen uns unübersehbar. Klar ist, daß der Staatsschutzsenat und die Staatsanwaltschaft mit den Staatsschutz- und Polizeibehörden zusammenarbeiten.

Das zeigt sich an:

1. Prozeßbeschleunigung durch Einengung des Verfahrens auf die für den Staatsschutz relevanten Inhalte, die über das Verfahren kriminalisiert werden sollen.

Das geschieht zu einem Zeitpunkt, als in diesem Schauprozeß das das Gericht seine Beweisaufnahme zu den dann eingestellten Punkten bereits durchgezogen hat, die aber trotzdem verwertet werden. Zusammen mit der Einschränkung des Erklärungsrechts hat dies zum Ziel, die politischen Inhalte rauszuhalten.

Dazu ein Zitat aus der Stuttgarter Zeitung vom 20.12.79:

„Rebmann lobte die Justiz, der es gelungen sei, die Terroristenprozesse zu entpolitisieren."

2. Daß beim Bundeskriminalamt und Landeskriminalamt Akten zurückgehalten werden, um die illegale Arbeitsweise des Staatsschutzes und der Polizeibehörden nicht an die Öffentlichkeit zu bringen, seien es Observationen, totale Kontrolle unserer ein- und ausgehenden Post, Abhören der Wohn- und Arbeitsräume und des Telefons.

Klaus Croissant sagte zum Stammheimer Prozeß gegen Andreas, Gudrun, Jan und Ulrike: „Die AKten werden vielmehr zurückgehalten, weil in ihnen die ganze Dimension der staatsschutzpolizeilichen Durchdringung der Gesellschaft sichtbar würde. An der Vorlage von rund 1600 zurückgehaltenen Aktenordnern würde sich zeigen, wieweit die Staatsschutzapparate, BKA und Verfassungsschutz die Macht tatsächlich usurpiert haben."

3. Manipulation der Zeugen, die bis auf eine Ausnahme nur vom LKA, und BKA-kamen, die von Zeugenbetreuern oder den speziell auf uns angesetzten und mit dem Ermittlungsverfahren gegen uns betrauten Polizeibeamten instruiert werden. Befragungen der Polizeizeugen durch unsere Rechtsanwälte und uns zu verhindern durch Mikrophone abstellen oder Aussagebeschränkungen, auf deren Einhaltung die Schlüter (Richterin) in der Regel mehr achtet als die Zeugen selbst.

4. Trotz dem erklärten Ziel des Staatsschutzes, die politischen Inhalte aus diesem und allen anderen politischen Prozessen rauszuhalten, können sie oft nicht anders, als die Kriminalisierung politischer Inhalte politisch zu begründen.

Die Forderung nach Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention für Günter Sonnenberg, Gefangener aus der RAF, die wir im Prozeß nochmals aufgestellt haben, wird von Staatsanwalt Pflieger als ‚Unterstützungsbehandlung' für die Guerilla deklariert. Er sagte wörtlich: ‚Das ist ja internationales Kriegsrecht.'

Die Forderung nach Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention und nach Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen ist die Konsequenz aus den Erfahrungen der letzten Jahre, daß es statt einer Integration in den Normalvollzug nur Angebote von der Regierung gab, die sich als Täuschungsmanöver entpuppt haben. Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen für die Gefangenen aus der RAF bedeutet Bedingungen zu haben, in denen kollektive Diskussionen möglich sind, Bedingungen, die das Projekt der Vereinzelung brechen, und es damit eine offensive Forderung gegenüber dem Vernichtungsinteresse an den Gefangenen ist. Staatsanwalt Pfliegers Äußerung ist da nur in diesem Zusammenhang zu sehen.

Die Bundesrepublik Deutschland – die viertgrößte Industriemacht der Welt

Aufgrund ihrer ökonomischen Potenz hat die BRD zusammen mit dem amerikanischen Kapital die beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt, worüber sie die anderen Länder in ihre Abhängigkeit ziehen kann und in die wichtigsten Industriezweige dieser Länder eindringt.

Die BRD hat ein weltweites Netz finanzieller Abhängigkeit gespannt, das 1976 bereits eine Verschuldung in Höhe von 80 Milliarden Mark umfaßt. Über die finanzielle Abhängigkeit zwingt sie diese Länder, sich ihrer Politik, ihren Kapitalinteressen unterzuordnen, sich ausbeuten zu lassen. Durch ihre finanzielle Stärke ist sie in der Lage, nach den USA der stärkste Geldgeber für die NATO zu sein, damit über eine entsprechende Vormachtstellung innerhalb der NATO zu verfügen.

Die BRD hat innerhalb der westeuropäischen Staaten eine Vormachtstellung und bestimmt über diesen Einfluß die politische, wirtschaftliche und militärische Entwicklung dieser Länder.

Die Ausdehnung des ‚Modell Deutschlands' und die polizeiliche Durchdringung dieser Länder durch das Bundeskriminalamt sind die sichtbaren Auswirkungen davon.

Diese Vormachtstellung macht die Ruhe im eigenen Land zwingend

Um diese Macht zu erhalten, ist die SPD bereit, selbst die gesamte Bevölkerung zu opfern. Sie ist es, die dafür gesorgt hat, daß die Stationierungen von atomaren Waffen hier durchgesetzt wurde und die darüber hinaus auch die anderen Länder Europas wie Holland unter Druck setzte, damit sei sich nicht dagegen stellten.

Die Stationierung dieser Waffen bedeutet im Falle eines — begrenzten — atomaren Krieges, der sich fast ausschließlich in der BRD abspielen wird und wie es beim Natomanöver „Wintex 75" durchgespielt wurde, 5 Millionen Tote.

Schmidt sagt dazu: „Die Bundesrepublik ist nur um den Preis ihrer totalen Zerstörung zu verteidigen."

So ist das, was die Politiker ‚innere Sicherheit' nennen, nicht die Sicherheit der Bevölkerung, sondern ganz im Gegenteil der Versuch, Widerstand auszuschalten, weil innere Unruhen sie wirtschaftlich und politisch lahmlegen. Sie kann diese Politik allerdings nur durchhalten, wenn es ihr gleichzeitig gelingt, das verdeckt zu machen, weiterhin als demokratischer Staat dazustehen. . .

Das kann sie nur mit einem zunehmend umfangreicherem Aufwand an Massenmanipulation und der Erfassung der gesamten Bevölkerung in Computern. . .

Daß sie nun gezwungen sind, vermehrt solche politischen Prozesse zu führen, ihren Repressionsapparat immer weiter auszubauen, zeigt, daß es der SPD nicht gelungen ist, wie das Brandt mal in einem Brief an einen holländischen Sozialdemokraten formulierte, Menschen gegenüber dem Willen nach sozialistischer Veränderung zu immunisieren und die gegenwärtige Politik als normal zu behaupten.

Kontaktadresse: Fantasia-Druck, Schlosserstr. 8a, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/ 60 61 26

„WIR FINDEN DIE DRUCKER GUT, SYMPATHISCH, IHRE ARBEIT WICHTIG. . ."

Stellungnahme des Stuttgarter „Blättle" zum 5.Info zum Prozeß gegen Fantasia:

Die Motivation, uns mit Fantasia zu beschäftigen, liegt auf drei Ebenen: Zum einen der persönlichen, wir kennen die Drucker/innen gut und die meisten von uns finden sie sympathisch. Zum anderen ist die Druckerei ein wichtiger Bestandteil linker Strukturen im Großraum Stuttgart. Wir und andere Zeitungen haben schon oft darauf hingewiesen, daß diese Druckerei für unsere Konzeption einer Stadtzeitung notwendig ist. Drittens versteht fantasia sich als Kollektiv, das über die Druckerei hinaus Arbeit zu politischen Gefangenen macht. Dieser Punkt wird in den Diskussionen meistens ausgespart, während es keine Schwierigkeiten macht, Solidarität mit der Druckerei herzustellen und z.B. Leute bei der Beschlagnahme der Maschinen zu mobilisieren.

Dies liegt zum einen daran, daß es in Stuttgart kaum Gruppen gibt, die Knastarbeit machen. Es gibt z.B. kaum Diskussionen über Hochsicherheitstrakte, politische Prozesse, Politik der Gefangenen aus der Guerilla, Hungerstreiks usw. Die Stuttgarter Linke scheint kein Verhältnis zu diesem Bereich zu haben, die Auseinandersetzungen, von denen wir wissen, daß sei mit fantasia geführt wurden, z.B. in der Antirepressionsgruppe, sind nie öffentlich gemacht worden. Es liegt aber auch daran, daß das fantasia-Kollektiv eine Politik macht, die wir für elitär halten.

Dies wurde besonders deutlich bei der FDP/Jungdemokraten-Veranstaltung mit „Grünen" und Mahler in der Liederhalle. Im Stil einer typischen Avantgarde-Gruppe wurde das, was im kleinen Kreis mit Genossen diskutiert worden war, in eine Aktion umgesetzt, die zwangsläufig auf das Unverständnis der anderen Anwesenden stoßen mußte, weil nicht versucht wurde, die eigenen Überlegungen zu vermitteln. Der Diskussionsprozeß zur Rolle von Mahler läßt sich nicht an einer Stinkbomben- und Trillerpfeifenaktion nachvollziehen. Die Einschätzung, daß zu einer „Mahler"-Veranstaltung sowieso keine Linken gehen, mit denen man sich solidarisch auseinandersetzen könnte, zeigt die relative Isoliertheit von fantasia. Sie hatten einfach nicht erkannt, daß die Auseinandersetzung über Mahler, die bei ihnen gelaufen war, in der „Scene" noch gar nicht begonnen hatte.

Unsere Einschätzung der Politik des fantasia-Kollektivs

fantasia begreift sich als Teil der legalen Linken. Sie sehen den bewaffneten Kampf nicht als ihre, aber als eine Möglichkeit, Politik zu machen. Sie propagieren nicht die Guerilla als einzige Form der Politik, vielmehr treten sie ein für die Ziele der Gefangenen der RAF, versuchen ihnen durch Öffentlichkeitsarbeit und Betreuung Schutz und Unterstützung zu gewähren. Sie stellen sich vorbehaltslos hinter die Forderungen der Gefangenen (Genfer Konvention, interaktionsfähige Gruppen), ohne sie öffentlich zu hinterfragen und auf andere Positionen einzugehen. In ihren Veröffentlichungen gehen sie nicht auf die Kontroversen z.B. zwischen 2.Juni- und RAF-Gefangenen um diese Fragen ein.
(. . .)

Im 5. Info zum Prozeß (da erschien die Prozeßerklärung, d.Red.) wird ein undialektisches Verhältnis, ein undifferenzierter Entweder-Oder-Standpunkt, von fantasia zu Fragen wie „Normalvollzugs- und Integrationsangebot" und „Resozialisierung" deutlich. fantasia schreibt: „Die Linie des Staatsschutz bei dem „Normalvollzugs- und Integrationsangebot" ist es, nach außen hin die wirkliche Zielsetzung dieses Angebots zu verschleiern." . . . „Diese scheinbare ‚Normalisierung' hat den Zweck, den sich draußen entwickelnden Widerstand gegen das Vernichtungsprojekt an den Gefangenen . . . zu kanalisieren, ihm die Spitze zu nehmen." Sicherlich hat auch der Staatsschutz zum Teil ein Interesse am „Normalvollzug". Es ist aber völlig einseitig, die Forderungen vor allem von 2.-Juni-Gefangenen nach einem ganz anders verstandenen Normalvollzug als Staatsschutzlinie zu denunzieren. fantasia schreibt weiter: „Propagiert wird dabei die Verweigerung der Solidarität mit den Gefangenen, die nicht aufhören zu kämpfen. Die Spaltung in solche Gefangene, die sich ‚resozialisieren' lassen, die ihre politische Identität aufgeben und solche, die das nicht tun. . . " Wir haben nichts davon gemerkt, daß andere Gefangene aufhören zu kämpfen oder den Leuten aus der RAF ihre Solidarität verweigern. Es ist einfach diffamierend, alle von RAF-Gefangenen abweichenden Verhaltensweisen als Spaltung zu begreifen und als „Resozialisierung" abzuqualifizieren.

Das Politikverständnis von fantasia ist unhistorisch und eingleisig, ihr Verständnis von Antiimperialismus an der RAF-Politik orientiert.

Unhistorisch deshalb, weil die nationale und internationale Repressionspolitik stets im Zusammenhang mit dem Konzept Stadtguerilla gesehen wird. Unterschlagen wird, daß Unterdrückung in der BRD Tradition hat, daß der Antikommunismus nicht die RAF als Anlaß und Vorwand gebraucht hat.

Eingleisig deshalb, weil sie zwar schreiben: „Der Prozeß gegen uns ist ein Teil der Aufstandsbekämpfung, deren Richtlinien in internationalen Gremien entwickelt wurden zur Befriedung der Metropolen, der Peripherieländer und der Dritten Welt" (Antrag auf Einstellung des Verfahrens). Im folgenden beziehen sie sich aber mit keinem Wort auf andere Teile dieser „Aufstandsbekämpfung". Es wird der Eindruck erweckt, als sei die Politik der Guerilla die einzig relevante Form des Widerstandes, als seien internationale Machtorganisationen (special committee der NATO, Trilaterale Konferenz) nur gegründet worden, um den bewaffneten Kampf auszuschalten. Die Ausweitung der Repression wird nur in diesem Zusammenhang wahrgenommen: „Der Prozeß gegen uns ist die Ausweitung der Kriegsführung gegen die Guerilla auf die legale antifaschistische Linke und bedient sich derselben Mittel. . . " Dies gipfelt in der Feststellung: „. . . daß sie nun gezwungen sind, vermehrt solche politischen Prozesse zu führen, ihren Repressionsapparat immer weiter auszubauen, zeigt, daß es der SPD nicht gelungen ist, . . . Menschen gegenüber dem Willen nach sozialistischer Veränderung zu immunisieren. . . " (beide Zitate aus „Antrag zur Einstellung. . . "). So stilisiert man sich selbst zum Träger des „Willens nach sozialistischer Veränderung" und des antifaschistischen Kampfes empor.

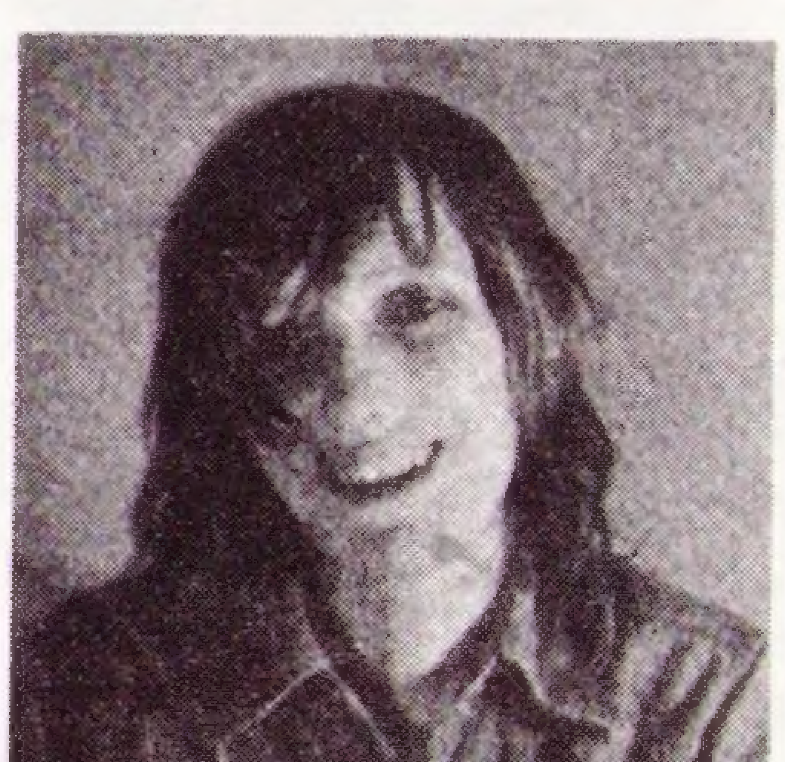
Wenn fantasia schreibt: „Die Morde sollten den bewaffneten Kampf als eine aussichtslose Kampfform vermitteln und damit zur Desorientierung der antiimperialistischen Linken (?) führen" (zum Prozeß gegen Arndt und Armin), unterstellen sie damit, die antiimperialistische Linke würde sich am bewaffneten Kampf in der BRD orientieren. Von hier zur Forderung, der antiimperialistische Kampf müsse mit dem der Gefangenen zusammengehen, ist es nur noch ein Schritt: „Der Kampf der legalen Linken gegen dieses System, auf dem Hintergrund dieser ständigen Auseinandersetzung, die in der Linken eine Orientierung zum antiimperialistischen Widerstand bewirkt, muß daher zusammengehen mit dem Kampf der Gefangenen. . ." „Auseinandersetzung" bezieht sich dabei auf den 18.10.1977 (Mogadischu, Stammheim). Hierdurch wird die gesamte Linke zumindest verbal für ein bestimmtes Verständnis von Widerstand, nämlich ihrem, vereinnahmt.

Wir sehen die Notwendigkeit, mit fantasia auch über die Grundlagen des Konzeptes Stadtguerilla zu diskutieren. Wir wollen nicht widerspruchslos einen Satz stehen lassen wie: „Der Staat hat klar erkannt, daß die Praxis der RAF ein Angriff auf die Existenz dieses imperialistischen Systems ist." Diese Kontroverse würde aber den Rahmen dieses Artikels und die augenblickliche Diskussion in der Redaktion sprengen. Wir sind aber dabei, Stellungnahmen zum Faschismusbegriff von fantasia, zur „Kontinuität des bewaffneten Kampfes" (5.Info) und zur Theorie der RAF zu formulieren und zu diskutieren. Sie sollen im nächsten Blättle zusammen mit einer genauen Bestimmung unserer Solidarität mit fantasia erscheinen. Wir wollen genau darlegen, wo wir trotz der geschilderten unterschiedlichen Positionen fantasia unterstützen und wie diese Unterstützung in Zukunft aussehen soll.

S'Blättle-Kollektiv

Kontaktadresse: 's Blättle, Böblingerstr. 59, 7000 Stuttgart 1,
Tel. 0711/648709.






Gudrun Ensslin

DAS "FANTASIA"-WELTBILD:
Unangenehme Veränderungen werden "immerhin verschwiegen". Und dadurch nicht diffamiert.

Die „Blättle"-Redaktion (März 80) wirft den Fantasia-Leuten arrogante, elitäre, eingleisige und unhistorische Argumentation vor. In ihrer Erklärung werde der gesamte Widerstand in der Bundesrepublik für eine einzige Widerstandsform, nämlich den bewaffneten Kampf, vereinnahmt — und ebenso werde die gesamte Repression „vereinnahmt", als sei sie in erster Linie gegen die Guerillagruppen gerichtet. Obwohl die Wurzeln der Repression doch noch vor der Adenauer-Ära lägen. . .

Wir finden das nicht falsch, aber die Kritik muß weitergehen. Zunächst die politische Einschätzung, klammern wir die Prozeßstrategie erst einmal aus: die Fantasia-Leute versuchen, ein Gesamtbild der politischen Entwicklung Westdeutschlands im internationalen Zusammenhang zu zeichnen. Damit knüpfen sie an die Imperialismustheorie an, die hauptsächlich von Ulrike Meinhof entwickelt worden ist.

In der Linken konkurrieren kaum noch Gegen-Weltbilder zu dem anti-imperialistischen Weltbild der Stadtguerilla. Die meisten verzichten auf globale Konstruktionen und kritisieren die Guerilla-Theorien nur wegen ihrer doktrinären Darstellungsform. Darauf, wie die Welt nun wirklich aussieht, gehen sie kaum ein. Kein Zufall, daß auch „'sBlättle-Kollektiv" erst mal nur soweit gekommen ist.

Wir wollen auch hier kein Gegen-Weltbild entwickeln, wohl aber Kritik am Fantasia-Weltbild auf seiner eigenen, inhaltlichen Ebene üben.

1) Die Fantasia-Erklärung geht aus vom Fortbestehen „psychologischer Kriegsführungsmaßnahmen" gegen die Stadtguerilla — und zwar gegen die Stadtguerilla als Speerspitze des „antiimperialistischen" Widerstands wie des „Klassenkrieges". Unter psychologischer Kriegsführung werden nicht nur die Prozesse gegen illegale wie legale linke Gruppen (darunter eben auch Fantasia) verstanden, sondern auch die Gleichschaltung der Presse. Diese Gleichschaltung, unterstellt die Presseerklärung, funktioniert kontinuierlich und bruchlos wie beim Stammheimer Prozeß gegen Baader, Ensslin, Meinhof un d Raspe und bei der Schleyer-Entführung (Interview Le Monde Diplomatique, Juli/November 1976, abgedruckt in texte: der RAF, Verlag Bo Cavefors, Malmö 1977, S. 278). Daß diese Voraussetzung sich geändert hat, allerdings — Armutszeugnis für die bürgerliche Presse — nur Nachtrab hinter den Widersprüchen zwischen verschiedenen Staatsapparaten, wird nicht zur Kenntnis genommen.

Noch wichtiger: die in der Erklärung aufgeführten Begründungen der Herrschenden für die psychologischen Kriegsführungsmaßnahmen stammen allesamt aus der Zeit vor Oktober 1977. Mit der Flugzeugentführung von Palma (Vorläufer wie Entebee gehören dazu) und dem Tod der vier in Stammheim hat sich das Bild geändert. Die westdeutsche Stadtguerilla stellte sich als außerstande dar, eine selbständige Politik zu betreiben; sie war vollständig abhängig von bestimmten Palästinensergruppen (Kleins Geschichten haben das nicht aufgedeckt, sondern nur noch einmal bestätigt); sie konnte anti-imperialistische Positionen nur noch als nationalistische (der Anti-Israel-Guerilla), nicht mehr als klassenkämpferische aufzeigen. Diese „psychologische Kriegsführung" hat die RAF gegen sich selbst betrieben, kein Staatsapparat brauchte einen Finger zu rühren.

Gleichzeitig entstand eine Bewegung gegen die mörderischen Haftbedingungen, die sich von der Vormundschaft der in internationale Abhängigkeiten verstrickten Stadtguerilla emanzipierte. Seitdem erschöpft sich ein großer Teil der propagandistischen Aktivität aus der RAF-Verteidigungs-Tradition darin, diese selbständige Bewegung gegen die Haftbedingungen und die staatliche Repression zu diffamieren.

Die „Fantasia"-Erklärung tut das nicht. Angesichts des Höhepunkts der Diffamierung in der Erklärung von Arndt Müller und Armin Newerla etwa zur gleichen Zeit ist dies schon wichtig zu registrieren. Aber eine Konsequenz daraus zieht die Fantasia-Erklärung nicht; sie erwähnt diese selbständige Bewegung nirgends. Diffamierung wie Verschweigen tun so, als sei die Selbständigkeit vom Staatsschutz produziert und nicht durch RAF-Politik selber notwendig geworden, kurz, als hätte es in den letzten drei Jahren keine Diskussionsprozesse gegeben. Sehr unterschiedliche Leute, von Klein über Mahler zu Kröcher und Zahl, von den Pflasterstrand- über die ID- zu den TaZ-Redakteuren wurden Opfer dieser Denunziationen: die Kriterien wechselten — von Dem-Staatsschutz-ans-Messer-Liefern durch Kleins Enthüllungen (ob real oder nicht) bis zum Tolerieren der „Normalvollzugs-Illusion" wurde alles einheitlich zur Staatsschutz-Propaganda erklärt. An militärisch-autoritären Organisationsformen orientiert, waren die Guerilla-Verteidiger zur öffentlichen Auseinandersetzung nicht willens. Ihr Schweigen zur Astrid Proll (soll man sagen: „immerhin keine Diffamierung"?) ist noch ein kleinliches Zeichen des Unvermögens, eine Politik wenigstens anzuerkennen, die nicht als Verrat, Denunziation oder auch nur Distanzierung angreifbar ist, aber sich eben nicht der Gruppendisziplin unterwirft. Ob die Stellungnahmen zu Brigitte Asdonk (Propagandistisches Unterstützen der Normalvollzugs-Forderung von ihr, nachzulesen im ID 324) ein Umdenken signalisieren, ist noch zu früh zu entscheiden.

Die extreme Isolierung der RAF nach dem Oktober 1977 — dem das Ausbleiben spektakulärer Aktionen seitdem stillschweigend Rechnung trägt — wird in der Fantasia-Erklärung stillschweigend ignoriert. Die Auseinandersetzung zwischen Staatsmacht und „Sympathisanten" wird dargestellt, als hätten die letzteren keine eigenen Köpfe, sondern müßten sie sich entweder von der RAF oder vom Staatsschutz ausleihen.

Es wäre unsinnig zu bestreiten, daß der Staatsschutz die Guerilla bekämpft. Das Problem — das die Fantasia-Erklärung übergeht — ist, daß der Staatsschutz als Legitimation für seine Existenz die Guerillabekämpfung nicht mehr nötig hat.

2) Die innenpolitische Perfektionierung des Repressionsapparats und die außenpolitische Aufrüstung wird als präventive Gegenrevolution gegen „innere Unruhen", gegen den „Willen nach sozialistischer Veränderung", dargestellt. Verschwiegen wird, daß dieser Widerstand mit einer Politik des Anti-Imperialismus, wie ihn die RAF verstand, nichts zu tun hat. Der einzige Widerstand, der in den letzten fünf Jahren gewachsen ist, die Bewegung gegen die Atomkraftwerke, ist in ihren Hauptteilen ökologisch, populistisch, subversiv-gewaltfrei (nicht dogmatisch-pazifistisch), anti-imperialistisch von ihrer Kritik der Naturbeherrschung (auch am Menschen) her, und damit eine umfassende praktische Kritik an der Stadtguerilla: die Anti-AKW-Bewegung orientiert sich an den eigenen Interessen im eigenen Land und versucht, in den Durchsetzungsmitteln das Ziel sichtbar zu machen. Die innenpolitische Aufrüstung ist zum Teil gegen diese Bewegung gerichtet; der Atom-Staat braucht den totalen Werkschutz. Zum anderen sind die Polizei- und Geheimdienstapparate soweit verselbständigt, daß, wenn gestern die Schleyer-Entführung Anlaß war, mehr Leute, Geld und Waffen zu fordern, heute die GSG 9 die Drogenabhängigen „betreuen", morgen vielleicht besetzte Häuser stürmen soll. Diese Maschinen laufen immer weniger an den Leinen der offiziell regierenden Politiker, als die Fantasia-Erklärung mit ihrer Vorstellung vom total einheitlichen Staatsapparat glauben machen will. Vielmehr treiben sie ihren eigenen Amoklauf; sie sammeln das polizeistaatlich-reaktionäre Potential der Republik. Offene Widersprüche wie zwischen Verfassungsschutz und Gericht im Proll-Prozeß, zwischen Baum und Herold über die Compu-

terisierung des Bundeskriminalamtes, die ausgenützt werden müssen, ohne irgendeine Tendenz als Liberalisierung zu feiern, können die Fantasia-Leute nicht erklären. Die großen Rückschläge, die der CIA in den USA erlebt hat, waren mit einer solchen Politik nie zustandegekommen. Diese Widersprüche sind nicht einfach Integrationstechniken, sondern Zeichen der Schwäche des Staats gegenüber den sozialen Wurzeln der Guerilla.

Es geht nicht darum, zu bestreiten, daß die diversen staatlichen Apparate sich mit Ach und Krach abzudecken versuchen, wenn es gegen die Guerilla geht. Das Problem ist, daß Gruppen wie Fantasia die Widersprüche nicht nutzen, sondern kitten.

3) Politisch ist die sogenannte Nachrüstung, wie das kleine Gefecht des Generals Bastian zeigt — immerhin der erste General, der Widerspruch gegen eine Aufrüstungsentscheidung erhob —, erst mit der sowjetischen Invasion in Afghanistan vollständig gegen die „Entspannungs"-Verfechter durchgesetzt worden. Für die Fantasia-Leute gab es die Intervention nicht (während eine Revolutionäre Zelle in Frankfurt das Schweigen brach und die Invasion lobte, weil sie den US-Imperialismus schwäche). Aber dieses schlichte Ignorieren (das einer Tradition folgt, mit der Ulrike Meinhof jedenfalls beim sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 noch nicht begann, sondern erst in der RAF-Zeit) nährt den Verdacht, daß nicht nur die Kämpfe im eigenen Land den anti-imperialistischen Bewegungen der Dritten Welt untergeordnet werden, allen voran den Palästinensern, sondern auch noch die Bewegungen der Dritten Welt einem globalen Kalkül: die imperialistische Großmacht Sowjetunion ungeschoren lassen, um die „stärkste Macht USA bekämpfen zu können" (Gudrun Ensslin am 19.1.1976 in Stammheim, texte: der RAF, S. 326). Damit schmilzt der letzte Rest einer Glaubwürdigkeit dieser Guerilla als Befreiungsbewegung.

Hier soll nicht die „Nach"rüstung entschuldigt werden. Das Problem ist, daß die Guerilla die Nachrüstung durch die Auswahl der Argumente eigentlich genauso im Rahmen der Ost-West-Block-Auseinandersetzung bekämpft, wie die Herrschenden sie im Rahmen eben dieser Block-Auseinandersetzung durchsetzen.

Die Diskussion ist nicht neu, nur findet sie allzu selten statt. Daß die Stadtguerilla sich als Motor der Geschichte sieht, war kaum jemals falscher als heute. Die Frage ist, wie es kommt, daß Gruppen, die sich auf die Verteidigung der Guerilla beziehen, dieses Geschichtsbild nicht korrigieren können. Sie übernehmen die schlechten Widersprüche dieser Theorie und schreiben sie fort, ohne wesentliche Änderungen in der politischen Wirklichkeit überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, daß den Toten eine gespenstische Treue gehalten wird. Die andere Antwort: daß es Angst macht, die Welt in Zeiten zu analysieren, wo ein Weltkrieg eher möglich ist als jemals in den letzten achtzehn Jahren. Da stürzt sich die Linke eher in Regression: der Weltkrieg ist zu ernst, als daß sie ihn ernst nehmen könnte; lieber wird über kyrillische Buchstaben für die alternativen Kneipenschilder gekalauert. Dann entsteht die merkwürdige Situation, daß doktrinär fortgeschriebene Thesen von 1972 so ungefähr als die einzigen Analyseversuche dastehen; ihnen wird eine ernstzunehmende Diskussion verweigert, was wiederum ihre Produzenten noch weiter in die Isolation treibt.

Und so weiter. Ist's zu stoppen?

Richard/ID

Foto: Michael Ruetz

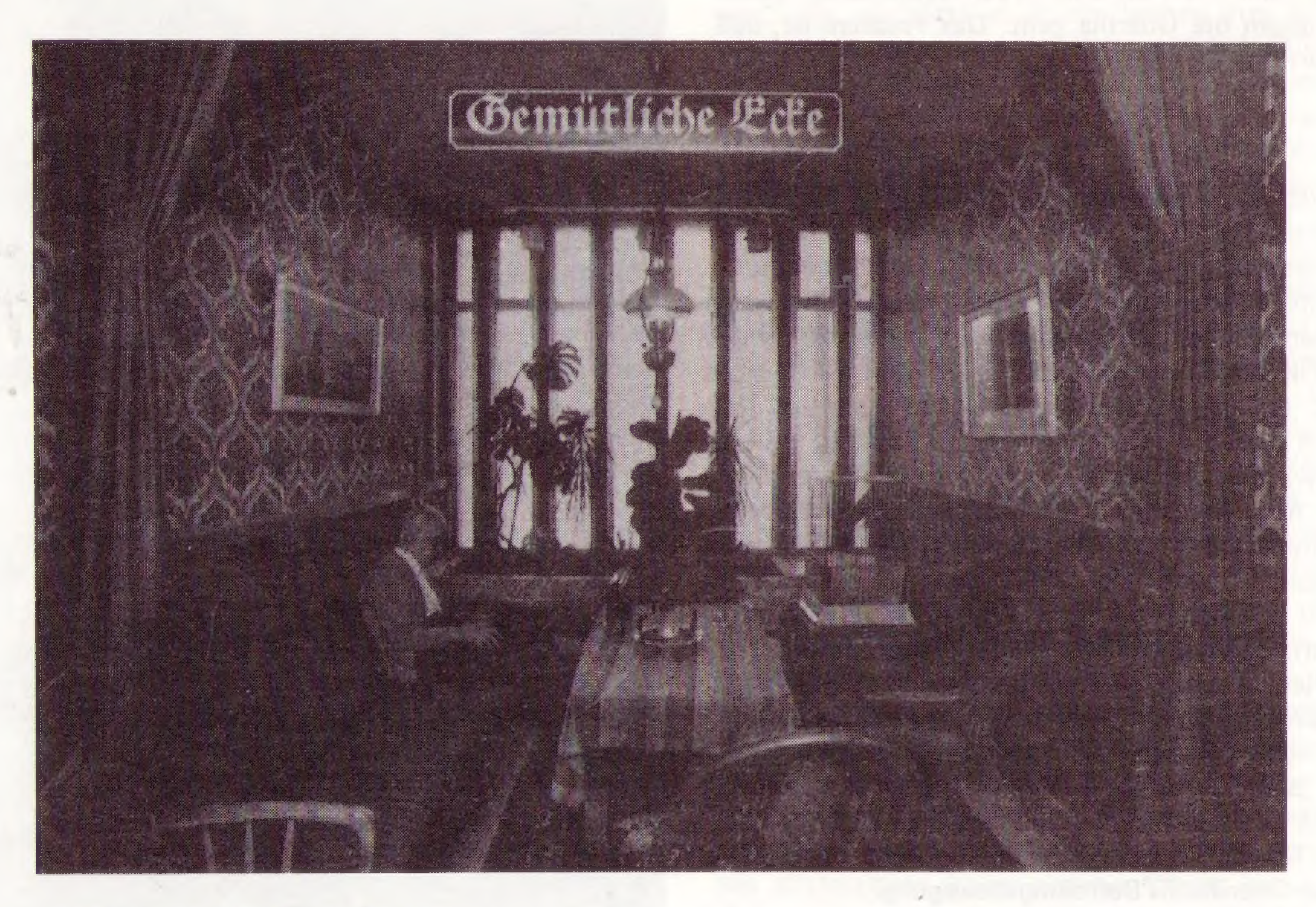
RA MAHLER: Ist es auch möglich, daß diese Leute sich *bewußt* sagen: Wir müssen so auftreten, um zu schockieren?



Blasen aus dem Pharmasumpf

Zweiter Teil

ID-Gespräch mit einem Pharma-Vertreter (Otto)



In Erwartung der Depot-Spritze

Karl-Heinz: Was hast du denn für einen Krankheitsbegriff?

Otto: Das ist schon sehr schwierig. Das hängt erstens damit zusammen, daß ich fast nie krank bin.

Karl: Da mußt du aber ganz schön Angst vor den Konsequenzen von Krankheit haben. Naja, verst ändlich, wenn du in dem Geschäft drin bist. . .

Otto: Das stimmt! Wenns wirklich schwere Krankheiten wären, ach du meine Güte. . . Alles, was ich über Krankheit weiß, hab ich mir angelesen. Ich hab da wenig praktische Erfahrung. Das erste, was ich früher mal gelesen hab, war die SPK-Dokumentation, das finde ich vom Ansatz her erst mal richtig. Dann hab ich viel gelesen und mir fällt gerade ein Fernsehbericht ein, der ausnahmsweise mal gut war. Es ging um die Medizinmännner. Es gibt in der Universität in Nigeria eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zwischen Medizinmännern und westlicher Medizin. Der Begriff, den die von Krankheit haben, ist erst mal ein sozialer Begriff, der ist nicht organisch und nicht individuell, der ist prinzipiell sozial. Was nicht verhindert, daß Tausende von Menschen im Jahr an Schlafkrankheit sterben. Das sehe ich auch. Die Medizin hier hat sich gerade in den letzten Jahren so entwickelt, daß sie eine riesige Technologie ist. Eigentlich ist Krankheit heute mehr ein technologisches Problem von chemischer, genetischer, weiß der Himmel welchen operativen Eingriffen abhängiges System. Dieses System wird immer bekannter, soweit, daß heute künstlich lebendes Eiweiß hergestellt werden kann, oder diese ganze Gen-Forschung. Von daher denke ich, daß die westliche Medizin denselben Weg nehmen wird wie die westliche Technologie allgemein.

Karl-Heinz: Damit kritisierst du die Auffassung von Krankheit als einem reparablen Defekt. Auf der anderen Seite hat der Krankheitsbegriff auch gerade eine gesellschaftliche Ausgrenzungsfunktion. Da geht ja offensichtlich widerspruchsfrei beides nebeneinander her.

Otto: Wer krank ist, ist disfunktional. Es gibt gesellschaftlich anerkannte und gesellschaftlich nicht anerkannte Krankheiten. Je intensiver diese Krankheiten in das Persönlichkeitsbild eingreifen, in das soziale und psychische Verhalten, umso schwerer wiegen sie, umso höher ist der Ausgrenzungseffekt. Der Ausgrenzungseffekt von einem simplen Schnupfen ist noch sehr gering. Wenn deshalb einer andauernd krank feiert, gibts höchstens ökonomische Probleme. Wenn einer nicht mehr leistungsfähig ist, den Scheiß eigentlich nicht mehr mitmachen will und das nur mit Tranquilizern durchhält, mitzuspielen, dann gibt es auch ein sehr starkes Sozialächtungsverhalten. Dann wird gesagt, die Leute, die Tranquilizer brauchen, um hier noch mitzuspielen, die sind nicht so knallhart wie die anderen, die es so noch bringen. Ich denke schon, daß der, der hier krank ist, auch psychisch krank ist, daß der eine richtigere Reaktion auf das zeigt, was hier läuft, als Leute wie zum Beispiel ich, die das mit Zynismus und Durchwurschteln noch können. Ich möchte für mich aber die andere Erfahrung nicht machen.

Karl: Da liegt aber doch das Problem. Entweder läßt man sich auf die vorgeschlagenen Lösungsmuster ein, egal wie groß deine Deformation dabei ist, oder du wehrst dich. Und eine Form des Wehrens ist aber das, was man als Schizophrenie oder endogene Depression bezeichnet (was

ein Scheiß , d.Comp.). Dann bist du ehrlich geblieben. Du bist natürlich ein Spiegel sozialer Wirklichkeit.

Otto: Das sind wir alle.

Karl: Ja. Nur in dem einen Fall verläßt du dich darauf, daß eine bestimmte Soziabilität noch vorhanden ist, wo du dann im bestimmten Intimbereich über deine Probleme reden kannst. Der andere Fall ist aber kein Rollenspiel mehr, sondern das ist genau das Vexierbild dessen, wo du nicht hinwillst.

Die Angst, Opfer zu werden.

Otto: Genau. In einem Fall bist du nur noch Opfer. Wenn du also die gesellschaftlichen Widersprüche, wie sie hier sind, bis in deinen Intimbereich nicht mehr aushältst, in irgendeiner Weise umkippst oder psychisch krank wirst, dann bist du nur noch Opfer. Während ich für mich die Illusion haben kann, daß ich an meinen Lebensumständen noch so weit bewußt fummeln kann, daß ich nicht nur Opfer bin. Zum einen führen die gesellschaftlichen Widersprüche also dazu, daß du das nach innen richtest und für dich nicht mehr unter einen Hut kriegst, in irgendeiner Weise ausklinkst, das andere Mal hast du noch Bearbeitungs-, Verdrängungs–, Behandlungsmechanismen dafür. Du kommst irgendwie noch zurecht. Bei mir geht diese Angst, Opfer zu werden, schon ziemlich weit. Soweit, daß ich selbst Therapien ablehne. Es ist ja nicht nur so, daß der Psychopharma-Umsatz steigt, sondern daß die Beteiligung grad von Linken an Therapien oder therapieähnlichen Sachen oder Bhagwan gewaltig zunimmt. Selbst auf so Ebenen wie Sexualität gabs ja zu Hochzeiten der Studentenbewegung — besser Jugendrevolte — so viel Hoffnungen für jeden Einzelnen, daß sich da zentral was ändert, daß auch andere Ansatzpunkte da waren. Das gesellschaftlich zu erkennen und auch gesellschaftlich zu wenden, also diese Kommune I und II — Geschichten, auch Sex-Front. Heute sehe ich viel mehr einen Rückzug in die Innerlichkeit, daß die Leute diese gesellschaftlichen Widersprüche nicht aushalten.

Das letzte Beispiel war das RZ-Flugblatt zu der Veranstaltung „Der Staat — ein Softi", wo die auf das Niveau der Zeugen Jehovas runtergekommen sind. Weil sie sich nämlich festgelegt haben und gesagt haben: in fünf Jahren ist es soweit (mit dem Ende des Kapitalismus, d.Red.). Fehlt nur noch, daß sie Zeit und Datum angeben. Dann können die ihr Blättchen hochhalten. Wachturm. Eine ähnliche Bewegung sehe ich auch auf diesem Sektor. Daß viele Leute nicht mehr den Mut haben, gesellschaftliche Widersprüche auch gesellschaftlich zu lösen, sondern daß sie das als ein inneres, persönliches Problem ansehen. Und in die Therapien rennen. Oder zu Psychopharmaka greifen, weil das einfacher ist.

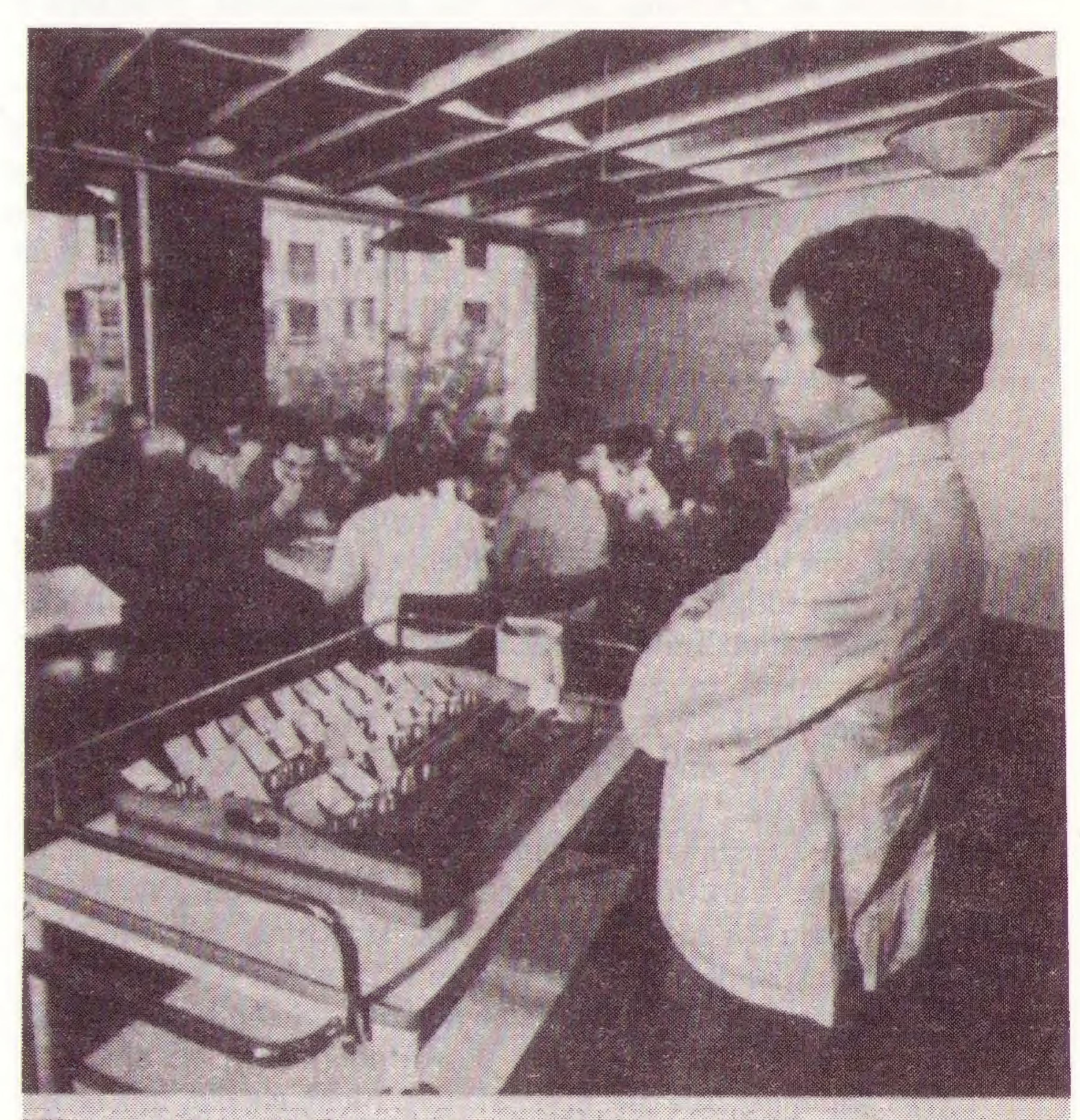
Heide: Oder Therapeuten werden. . .

Otto: Das ist das allerbeste, weil du dann keine eigenen Probleme mehr hast, sondern qua Funktion zu den Machern dieser Gesellschaft gehörst. Das hängt auch mit meiner sehr religiösen Vergangenheit zusammen, daß ich gegenüber allem, was in diese Richtung geht, so Psycho-Training, so Gehirnwäsche, welcher Art auch immer, einen abgrundtiefen Haß habe. In meiner inneren Logik ist es logischer, daß ich Pharma-Vertreter werde, für einen kürzeren Zeitraum, als Opfer zu werden.

Die Linken im Reparaturbetrieb

Karl: Ich möchte weder Pharma-Vertreter sein noch Opfer. Mein Leiden an der Situation als Chemiker der Psychiatrie war das, daß sich nichts verändert hat. Die Machtlosigkeit. Nicht das, was ich gemacht hab, denn das war viel fortschrittlicher als das, was die Ärzte gemacht haben. Dort hab ich auch gelernt, daß man in Situationen kommt, wo man sich klar entscheiden muß. Entweder man engagiert sich voll, oder man steigt aus. Ich bin halt ausgestiegen.

Die Gründe für das Aussteigen lagen weniger in der offiziellen Psychiatrie, die sowieso nur noch eine Perspektive von 10, 15 Jahren hat, die sich selbst überholt. Jeder, der heute Psychiater wird, muß sich eigentlich darüber im klaren sein, daß er irgendwann entweder angestellter Arzt ist oder eine psychoanalytische Teilausbildung machen muß. Hier in Frankfurt passiert ja schon was Interessantes. Das Markus-Krankenhaus baut eine Psychiatrische Abteilung an. Das heißt, auch jedes weitere neue Krankenhaus, das in Frankfurt gebaut wird, wird eine psychiatrische Abteilung kriegen. In der Psychiatrie-Enquete der Bundesregierung ist festgelegt, was in Lyon schon seit längerem funktioniert, darüber hat der Gerard Hof auch ziemlich viel geschrieben. Die Psychiatrie spaltet sich auf in die Pflegefälle, die nur noch medikamentös behandelt werden, und in die Sozialarbeit mit berufsbegleitenden Gesprächen oder mit Depot-Spritzen, mit denen die Leute rentabel gehalten werden. Die können dann noch ihrer Arbeit nachgehen und kommen dann abends in irgend so ein Zentrum. Das wird sich auch deshalb so entwickeln, weils kostengünstiger ist. Wahrscheinlich wird dann auch die Kriminalitätsrate ein bißchen absinken.



Pillenausgabe in Heilanstalt: Die Pharma-Wunderwaffen . . .

Heide: Und die Linken arbeiten brav in dieser gesellschaftlichen Lücke, als Drogenberater oder sonstwas, in der Sozialstation.

Otto: Das ist ambivalent. Bei Sozialarbeitern kenn ich mich gut aus, weil Freunde von mir das gemacht haben. Egal, ob Jugendarbeit, oder Altenarbeit, oder Drogenarbeit.

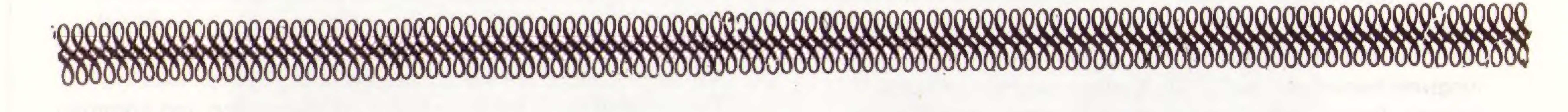
Das ist halt der Vorteil an uns Linken, wir machen uns gerne zum Frontschwein der Gesellschaft. Wir puffern an vorderster Front bestimmte Probleme ab, die durch die Institutionen nicht mehr zu packen wären. Die meisten von uns sind ja in solchen oder ähnlichen Berufen, Lehrer auch. Da kannst du zwei Denkmodelle entwickeln. Entweder du machst einen großen Aufruf an alle Linken: Leute, verweigert euch, Frontschwin der Gesellschaft zu sein, werft die Jobs hin. Und dann gucken wir mal, was aus dem Chaos kommt. Oder aber du versuchst, diese Widersprüche als einzelner Sozialarbeiter auszuhalten. Und dabei gehst du in der Regel vor die Hunde. Da ist halt auch die Fluktuation sehr hoch.

Heide: Es gab mal die Vorstellung, die Widersprüche innerhalb der Institutionen zusammen mit den Betroffenen auf die Gesellschaft zurückzuführen?

Otto: Ja, die revolutionäre Berufsperspektive. Die scheitert z.B. bei Lehrern, weils nicht geht. Du kannst nicht gleichzeitig als Lehrer in der Schule arbeiten und fest Beamter sein und dann auf der Seite der Kinder stehen. Das geht schon eine Zeitlang, mit dem Risiko, daß du dann rausfliegst. Dann ist halt der Verschleiß von uns sehr hoch. Ist er ja auch. Alle Konflikte, die irgendwo ausgetragen werden, haben viel mit so einem linken Verschleiß zu tun. Was dann umgekehrt dazu führt, daß die linke Szene ziemlich desolat ist. Ich denk, daß der massenhafte Run zu Bhagwan, Therapien, Psychopharmaka aber auch Suff, oder die Beziehungstour, daß das schon seinen gesellschaftlichen Auslöser hat. Ich weiß nicht, wie lange wir sowas personell durchhalten. Wann wir politisch und persönlich - bis rein in den Intimbereich - dermaßen ausgepowert sind, daß nichts mehr läuft. Bei den Lehrerkollegen, die 1972 mit mir angefangen haben, kann ich das ziemlich genau sehen. Die sind auf dem Urlaubs-Trip. Die arbeiten nur noch von Ferien zu Ferien.

(Ende)

Kontakt: ID



...Als liessen wir die Menschen allein...

Psychiatrie: eine über weite Strecken unehrliche Diskussion.

Frankfurt, 31.März

Dies ist die Fortsetzung des Artikels von Karl (ID 326). Sein Thema: die Linke und ihr Interesse am Wahnsinn, der Umgang mit den „Verrückten" unter ihnen und mit der Institution Psychiatrie und denen, die darin arbeiten (zu denen Karl bis vor kurzem gehörte). „Die Psychiatrie, das sind auch wir!"

Über Psychiatrie zu berichten, heißt nach meinen Erfahrungen, mit einem Mythos umgehen zu müssen, heißt, mit einem Stück doppelter Moral zu leben. Der Verbalradikalismus, den weite Teile der „Linken" produzieren, steht über weite Strecken in dem direkten Zusammenhang, sich bloß nicht dem direkten Kontakt mit den Konflikten auszusetzen. Daß Therapien und Therapeuten jeglicher Couleur so ins Kraut schießen, ist nicht zuletzt der persönlichen Belanglosigkeit anzulasten, der wir uns bereitwillig aussetzen.

Wenn es darum geht, gegen die Institution Psychiatrie etwas Konkreteres zu setzen, dann ist schnell der Wind aus den Segeln der Kritiker. In der im ID geführten Diskussion steht einsam das SSK, das nicht nur öffentliche Kritik auf allen Ebenen übt, sondern die Betroffenen auch als die Menschen annimmt, die sie nunmal sind, nicht als die, die sie gemäß irgendwelcher Vorstellung sein müßten. Sie sind fürsorglich, und es ist mir egal, wer jetzt anfängt zu schreien, das ist doch moralischer Scheiß. Vielleicht. Aber notwendige Bedingung.

Der neue Romantizismus

Eine mögliche Abwehr, sich selbst, auf einer alltäglichen Ebene, nicht mit anderen Formen von Leben auseinanderzusetzen, ist die romantisierende Verklärung von Wahnsinn. Leicht erschaudernd wagt man genüßlich den Blick über die Mauer, hin auf den reinen, den wahren Wahnsinn. Voyeuristisch bohrt sich der Blick in den Kopf unseres strahlenden Helden. Gespannt lassen wir seine (wieder)erlangte Weisheit auf der Zunge zergehen, ja, das ist identisch, einzig, wahr. So ehrlich sein, so unbegreifbar, schöpferisch, welche Gunst des Schicksals. Entzücken läuft in kleinen Schauern den Rükken hinunter. Umgeben von dieser stählernen Gloriole des Mythos, bleibt uns erspart, einen Blick auf die Körperlichkeit werfen zu müssen. Ätherisch geworden, bietet der Verrückte den Einstieg in neue Welten; so zur Droge verkommen, entfällt die praktische Hilfe.

Auf diese Weise zum Prinzip erklärt, verbleibt nur die Hülse des Wahnsinnigen, ausgeblutet, auch seiner letzten Bastion beraubt, seinen eigenen Hierarchien, die ihn schützen, vermarktet, preisgegeben der körperlichen Behandlung. Der finstre Gegenspieler gerät im gleichen Maße zur Unperson. läßt sich leicht ausmachen. Er deckt seinen Pferdefuß mit einem weißen Kittel zu.

Ärgerlich werden wir, wenn jemand versucht, die Reinheit, Echtheit, Unmittelbarkeit des Bildes vom Wahnsinnigen zu entweihen. Das Idol könnte so von dem Sockel kippen, den wir so mühsam zementiert haben, um aufschauen zu können, die beruhigende Distanz zwischen ihm und uns zu wissen.



Traurig schweift der Blick zurück zu den Stammesgemeinschaften, den Großfamilien, die prächtige Natur. Bewundernd durchstreift das Auge die gedruckten Landschaften der Indianer. Zeiten und Orte von Wünschen, Sehnsüchten. So müßte es sein, so soll es sein.

Wen kümmert es da groß, wenn alte Menschen in unserer unmittelbaren Umgebung zum Arzt gehen und ihn bitten, ihnen doch verschiedene Psychopharmaka auszuhändigen. Aus Angst, sie könnten zum Pflegefall erklärt werden und auf den Todesstationen ihrer Ghettos dahinvegetieren müssen. Bereiten uns diese Ängste Schwierigkeiten? Setzen wir uns ihnen aus, damit sie nicht zu diesen Mitteln greifen, damit sie nicht mehr so die Trümmer ihrer verlorengegangenen Würde zusammenkratzen müssen?

Kaum, denn wir benötigen die Zeit, die Analyse des Verlusts zu erstellen. Das ist wichtiger, grundsätzlicher, selbst um den Preis, daß uns dabei die Menschen verlorengehen.

Was ist mit denen, die tief depressiv aus ihrem Teufelskreis nicht mehr herauskommen, außer sie vernichten sich selbst, die tagelang keine äußeren Reize mehr aufnehmen können. Und die das auch wissen und darunter leiden. Sitzen und verhungern lassen?

Ich habe den Verdacht, daß die Konstruktionen von Verkehrsformen so angelegt sind, daß sie nur für ‚Gesunde' gelten. Für solche, die mit sich und dem Draußen immer und stets zurandekommen, sich steuern können, die einfach wissen, wo sie hinwollen, Die, die uns in Ruhe lassen, wenn es ihnen schlecht geht, die erst dann wieder die Bühne betreten, wenn sie den gesetzten Anforderungen nachkommen können. Denn, schließlich ist man ja kein Sozialarbeiter. Dieser Gesellschaft wird nichts geschenkt, hier würden doch nur Konflikte eingeebnet, das stabilisiert doch nur.Die Unmenschlichkeiten der Anstalten, der Zynismus der Ärzte, die Brutalität des Personals, die „im Grunde" doch normal Verrückten, das sind erstmal Schlagworte ohne die Bereitschaft zum Engagement. Dies alles existiert, legitimiert die Aktionen dagegen, fordert zum Widerstand auf. Und doch es ist nur ein Ausschnitt des Problems. Wo ist die Rede davon, welche Verhaltensweisen wir bereit sind zu tolerieren? Welche Notwendigkeit konkreter Hilfe? Die allseits verbreitete Mentalität, bei Konflikten nicht hinzuschauen, sich nicht einzumischen *(„kann ich nicht beurteilen")* erstreckt sich auf die eigene Umgebung und sucht sich einen Ersatz, sucht das **Bild** vom Wahnsinn. Gleichnis--haft wird die Anstalt erlebt, mit ihren Insassen.

Ich bin nicht bereit zu akzeptieren, daß ein Typ seine Frau schlägt, wenn er besoffen ist (egal ob er dabei klassischen Eifersuchtswahn entwickelt oder nicht). Der braucht eine Entziehungskur, und dafür biete ich meine Unterstützung an. So für sich selbst, bleibt der Suff und bleibt die Gewalttätigkeit, immer sich gegenseitig aufschaukelnd bis zur körperlichen Vernichtung des Schwächeren. Und wer hier die körperliche Komponente der Sucht ignoriert, ist borniert.

Schwieriger wird der Umgang mit Pharmaka aller Art, das ist nicht nur Haloperidol, das ist Valium, das sind die kleinen Muntermacher, die Eingang in den Alltag gefunden haben, ist Penicillin, Aspirin. Aber trotz aller Bedenken weigere ich mich, in dieser bigotten Form an der modischen Auseinandersetzung über diese Pillen teilzunehmen. Sie können nie selbst Therapie sein. Sie ersetzen nie die Umgebung, in der Konflikte auslebbar sind, aufgefangen werden können, aber sie sind sehr wohl in der Lage, bei entsprechender Vorsicht, das Aufschaukeln verinnerlichter Prozesse so weit anzuhalten, daß man sich mit dem wichtigen Hilferuf öffnen kann. So wie die Medikamente in der derzeit nicht zu verantwortenden Menge und Dauer zum körperlichen Ruin führen, so können sie ihn aufhalten, das ist ihr Januskopf.

Psychiatrie, das sind auch wir

Psychiatrie, das ist nicht nur die geschlossene Anstalt, Pharmakotherapie, zynisches Personal, das sind auch wir, unsere Ansichten über Verkehrsformen, Gegenseitigkeit, Duldung. Das ist **auch**: unser Einverständnis, Leute zu isolieren, die zu erkennen geben, daß sie letztlich unter uns, mit uns nicht leben können oder wollen: unser Eingeständnis von Hilflosigkeit und Desinteresse. Erst wird delegiert, dann der Zeigefinger gehoben: ‚So nicht!', wird gerufen, ‚das ist eine Sauerei', wird gesagt. Selbstgerecht wird geurteilt, verurteilt, „das ist eben die bürgerliche Gesellschaft auf ihren Begriff gebracht", *konstatiert. Haltet den Dieb oder den Letzten beißen die Hunde.*

Das macht ein Arbeiten in den Institutionen so unsäglich schwer. Nur die Gruselgeschichten sind von Interesse, nicht



B. Marx

das, was man über das eigene Verhalten zu sagen hat, nicht die Umstände, unter denen viele Leute von ihrer Umgebung in die Anstalt geschickt werden (und hier ist es kein prinzipieller Unterschied, ob das von einer WG vorangetrieben wird oder den Eltern). Uninteressant sind auch die, die sich einmal im Jahr in die Anstalt flüchten, um dort ihre Ruhe zu finden: die sich dort auch vor uns beschützt wissen wollen.

Zum Mythos Wahnsinn gesellt sich der Mythos der Anstalt, der erste hell und leuchtend, der zweite abgrundtief und dunkel. Und es wird alles getan, um diese Mythen aufrechtzuerhalten, Frontdenken mit idealisierten Parteien. Das ist auch bequemer. Zwischentöne sind nur Krampf — im Klassenkampf. Vernichtet die Monster und ihre Handlanger, so der Schlachtruf. Man weiß, wo man hingehört, wie man die Dinge eben sehen muß. Somit stellt sich die Frage nach Zusammenhängen nur noch am Rande als Nebenwiderspruch. Und gleichzeitig mit diesem martialischen Geschrei wird die Entwicklung neuer Konzeptionen doch wieder den Spezialisten, Sozialarbeitern, Ärzten und Juristen überlassen. Das Problem, die Körperlichkeit der Betroffenen, weigert sich konsequent, sich selbst zu beseitigen, aller Theorie zum Trotz.

Die Hierarchie der Macht

„. . . und sah, daß sie am Bett festgeschnallt war. Das empörte mich zutiefst, **zudem** (Hervorhebung K.B.) in diesem Bau die wirklich Verrückten waren. Sie selber war intelligent und hatte Temperament." (ID 322)

Klandestin durchziehen die Hierarchien das Bewußtsein. Wirklich verrückt, das sind die Anderen, Nicht-Ich, bei denen ist das ja vielleicht nicht zu umgehen, nicht bei mir; und wer mein Freund ist, bei dem auch nicht. Die beschworene Solidarität der Wahnsinnigen findet nicht statt. Abgrenzung ist das Gebot, mehrheitlich, wer auf einer halboffenen Station ist, hat nichts (mehr?) gemein mit denen, die weiter unten in der geschlossenen leiden, Aufstieg in der sozialen Hierarchie (nicht nur) der Anstalt. Mit diesen Äußerlichkeiten wird die Behandlung in der Anstalt freundlicher, schauen die Verwandten nicht mehr ganz so argwöhnisch, kommen die besseren Prognosen und letztendlich, oh wundersame Fügung, stellt sich der Erfolg ein. Die oben zitierte Außerung ist nicht einmalig, sondern eher die Regel, wie es die Regel ist, mit dem Aufenthaltsort in der Klinik (geschlossen, halboffen, Nachtklinik. etc.) die Gefährdung gleichzusetzen, somit die „notwendige" Gewaltanwendung.

In Verkehrung der Verhältnisse befindet sich nicht der Betroffene, sondern die „unheimliche" Mehrheit in einer Notwehrsituation. Man muß die Gesellschaft, also sich, und den Patienten vor ihm selbst schützen. Um ihn selbst gegen sich zu schützen, werden die ‚schlechten' Anteile mit allen Mitteln niedergehalten, um die ‚guten' zu bewahren.

• So gespalten, gehört der Betroffene zwei Hierarchien zugleich an, einmal der der Krankheitseinheiten, der schlechte Teil, zum anderen gemäß seiner guten Anteile, ob er sich pflegt, den Anordnungen folgt, bereitwillig den Therapievorschlägen entgegenkommt, sich dem Routinebetrieb unterwirft, kurz Krankheitseinsicht zeigt. Und gemäß dieser Hierarchien steht man weiter oben oder weiter unten.

Die Debilen, die Bettlägerigen, die, die nach Jahren Internierung von Medikamenten, Gleichgültigkeit und Hilflosigkeit erdrückt, nicht mehr können, sich selbst soweit entrückt wurden, daß sie nun sich selbst auch nicht mehr wahrnehmen, für die gilt auch in der Hierarchie der Patienten, daß die eben nicht anders behandelt werden können. Manchmal nehmen sich die Anderen, denen es noch besser geht, ihnen an. Doch die Hierarchie der Anstalt ist kein Sonderfall, sondern der komprimierte Ausdruck der gesellschaftlichen, schon deswegen, weil hier der Abglanz auf engstem Raum stattfindet. In dieser Treibhausathmospähre aus Angst, Vorurteilen, Verachtung gedeihen die Hierarchien aufs Üppigste. Miteinander verzahnt, zum Teil unabhängig voneinander, nebeneinander, mit klar abgesteckten Claims oder fließenden Grenzen, bringen sie alle Mischformen gleichzeitig und am selben Ort zur Geltung. Die Diagnose sorgt für die Zuteilung zu den verschiedenen Ebenen der Pyramide. Sie ist das (schlechte) Ge-

wissen der Ärzte und besitzt den unschätzbaren Vorteil, daß sie sich selbst bestätigt. Sie ist die Klammer, die Arzt und Patient zusammenschweißt. Und trotzdem haben wir uns immer vor Augen zu halten, daß trotz dieser Diagnose stets Jemand vor dir steht, der allein, mit sich selbst, nicht mehr klarkommt. Der Hilfsanspruch entspricht, entgegen aller eindeutigen Interpretationsversuche, nicht dem kollektiven Kopf einer wie auch immer gearteten Ärzteschaft, sondern besteht ebenso im Kopf der Betroffenen. Die kategorialen Antworten auf dieses Gesuch drücken die Selbstherrlichkeit, den Mythos der Ärzte von sich selbst aus.

Diese Übereinkunft ist der Hebel für die Macht. Ohne Delegation von Verantwortlichkeit existiert keine Therapie, keine Kinderpsychiatrie ohne Abtretung der Fürsorge durch die Eltern, ohne Unterwerfung kein Bhagwan. Auch keine Sozialtechniker und Psychoanalytiker.

Es dreht sich im Kreis, und die Geschwindigkeit nimmt zu. Mit ihr die Zentrifugalkräfte, die ausspeien, isolieren, um endlich zu vernichten.

Doch die Gleichung Arzt = finsterer Geselle geht so nicht auf, bleibt oberflächlich, muß am Problem vorbeigehen. Ihm als „Spezialisten für Körpervorgänge" zu unterstellen, daß sich seine Philosophie anders herausbildet als bei jedem von uns, und zwar prinzipiell anders, ist Mystizismus, Aberglaube. Der Arzt ist und bleibt in dieser Hinsicht Durchschnitt, kommt aus ihm heraus, wie in jeder beliebigen Berufsgruppe. Verantwortlich handeln heißt auch für ihn (dies gilt immer noch), den Wissensvorsprung zu vermindern, aufzuklären, entscheidungsfähig zu machen. Abbau von Macht.

Die Entscheidungen und die Übereinkünfte

Es gibt eine Reihe undramatischer Beispele dafür, daß Entscheidungen nicht unbedingt Sache des Arztes sind. Eine vereiterte Angina läßt sich auskurieren ohne Medikamente mit dem Risiko, daß sie sich ausdehnt, auf das Herz übergreift, daß es der Organismus nicht schafft, dem Befall Herr zu werden. Auf jeden Fall, daß man mehrere Wochen im Bett liegt und zu weiteren Unternehmungen kaum Kraft hat. Sie läßt sich auch mit Penicillin behandeln, es dauert einige Tage, die Beschwerden werden abgemildert, die Aktionsfähigkeit ist bald wieder da. Mit dem Risiko aller andern Wirkungen dieses Stoffes. Jeder kann sich nach seinen Vorstellungen und Bedürfnissen entscheiden, und die Entscheidungen sind gleichberechtigt.

Neben den grundsätzlichen Überlegungen zur Medizin im allgemeinen und der Psychiatrie im Besonderen (was hier nur heißen kann, ihrer Auflösung), bleibt ein Dilemma: was wird mit Jemand, der gerade dabei ist, alles zu demolieren, was er erreichen kann? Um sich schlagen lassen, in die Gummizelle, Zwangsjacke, Beruhigungsspritze? Ich zähle hier auf, ohne eine Wertung der aktuellen Maßnahme vorzunehmen. Solche Ausnahmesituationen (es geht hier um die beschriebene Situation) und nicht darum, mit welcher Diagnose derjenige dann zuzupflastern ist) müssen aufgelöst werden, sie sind nicht übertragbar, aber sie existieren.

Eingeliefert werden die, die nicht so funktionieren, wie ihre Umgebung dies erwartet, die Dreckarbeit wird dann hinter der Mauer verrichtet, auf daß man seinen Angehörigen als wieder lieben, netten Menschen in die Arme schließen kann. Wenn es nicht anders geht, dann halt mit Elektroschock oder chemischer Keule. So lange das Einverständnis zwischen denen Draußen und den Ärzten herrscht, wird es zu keiner Veränderung kommen. Darunter müssen die Schwestern, Pfleger, Ärzte drinnen, die nicht in diesem Konzert spielen **wollen**, ebenso leiden, da ihre Weigerung ihnen den Volkszorn zuzieht. So allein gelassen, von den Kollegen, den Angehörigen und auch jener Kritiker des Systems, für die die lediglich Erfüllungsgehilfen sind, ist der Ausgang dieser Kämpfe immer der gleiche.

Und weil die meisten, die noch in derlei Institutionen arbeiten, wissen, daß sie allein dastehen, es sei, sie können mit Sensationen dienen, bleibt nur die Alternative, Einfluß zu gewinnen oder auszusteigen. Und beide Möglichkeiten sind nicht einfach. Für viele ist die Möglichkeit des Ausstiegs fiktiv, da sie sich und ihre Familien am Leben erhalten müssen und das Interesse nach einem Rausschmiß nur kurzfristig ist, somit auch die Unterstützung. Sie gehen baden mit ihrem sozialen Anspruch, was durch Alkohol- und Drogenkonsum hinreichend zu belegen ist, was die Vielzahl von Selbstmorden von Angehörigen des Pflegebereichs verdeutlicht.

Wenn der Richard vom ID schreibt, daß ihm in zwei Fällen aus seiner unmittelbaren Umgebung klar geworden ist, wie problematisch die offizielle Behandlung ist, so hat er damit wahrgenommen, daß ihn jemand angesprochen hat.

Mir ist nach langer Zeit und gründlicher Überlegung klar geworden, daß ich mal raus muß, auch raus aus dieser scheinheiligen Interessiertheit, den vorgefertigten Ansichten. Sei's drum.

Karl



VON DER KRITIK AN DER KRANKHEIT ZU DER KRANKHEIT ALS KRITIK

Strassburg, 5.März

Gegen Richards Kritik an der „Patientenfront" (ID 323) schreibt der Straßburger ID-Leser J.P. Burger (hoffentlich ist unsere Übersetzung gelungen, die Sprache ist reich an Anspielungen):

Jedes Leiden sucht seine revolutionäre Erfüllung, und so braucht der Linke — nicht etwa das Leben (wie man hätte denken können), sondern den Alltag. Das Alltägliche fehlt dem armen linken Deppen (und daran leidet er), das ist seine Forderung (die Scheiße, wiederaufgearbeitet), wiedergewonnen, neu aufgetischt, reso-CIA-lisiert).

Was den Linken stört am Kampf der Wieslocher Patienten und an der (isolierten?) Patientenfront im besonderen, ist ihre Verweigerung des Alltäglichen, ihre Verweigerung des Spektakulären, des fetischisierten Elends. Was ihn ärgert, ist die Notwendigkeit, das wirkliche Elend, aus dem die Welt besteht, öffentlich zu machen und diese Bedingungen und ihre Urheber zu bekämpfen.

Daß die bürgerlichen Zeitungen vom Mangel (an Leben?), vom Spektakulären lebten, war schon bekannt. Jetzt weiß man, daß die linken Zeitungen am Mangel an Spektakulärem leiden.

Wenn man die Zeit (4 Jahre) betrachtet, die die Wieslocher Patienten gebraucht haben, eine Bresche in die spektakulär bornierte Weltansicht der Linken des IDs zu schlagen, wird die Revolution weiterhin diese Leute überraschen, im Bett, im Urlaub oder bei ihrem kleinen täglichen Koitus. Ob sie davon krank werden?

Was diese Alt-Neugeborenen („Alter-Nativen") so überrascht, ist, daß die bösen Patienten der Patientenfront keine guten Patienten sind, da, wo sie hingehören, in der Psychiatrie. Daß sie nicht nur nicht dahin wollen, daß sie nicht einmal selbst ihre eigenen Ärzte sein wollen, sondern daß sie sogar überhaupt keine Ärzte mehr haben wollen, weder gute noch schlechte, weder mehr noch weniger, keine Krankenhäuser, keine Medikamente. Und daß sie durch so absurde Vorstellungen die Sicherheit und das Bewußtsein von Zehntausenden linker Lohnabhängiger der ganzen Medizin-Industrie gefährden — Leute, die ach so gern eine Veränderung wollen, aber die durch ihr Abwarten trotzdem den Kapitalismus, die Euthanasie praktizieren.

Diese Linken fragen sich, ob diese sogenannten Patienten keine Barbaren sind (auf diese Frage ist immer konkret geantwortet worden), und zwar verkleidete Barbaren, die aus der Urgeschichte der Krankheit kommen.

Obwohl das der Mangel an Bewußtsein ist, ist es genau die Form, die das Bewußtsein annimmt (J.P. Voyer: Reich: mode d'emploi/wahrscheinlich eine Schrift der Situationisten). Das Bewußtsein des Mangels berührt den Linken nie.

Der schlüpft in seine Socken, stülpt seine Schuhe darüber, und doch geht er mit nackten Füßen los; er kritisiert das Bewußtsein des Mangels, die Krankheit, die beständig in Frage steht. Mit seinem begrenzten Beitrag zur Kritik geht er an die radikale Kritik der Krankheit heran, der Krankheit, wie sie von der Medizin definiert wird, die zigtausend Symptome, die die Medizin diagnostiziert, nur um einer einzigen Frage auszuweisen: *Was ist Krankheit?*

Linker, du armes Schwein ! Die radikale Kritik der Krankheit, dieses schlechten Bewußtseins (con-science, eine Wissenschaft/ „science", die nicht idiotisch/„con" ist) von der ganzen Gesellschaft, ist das Werk der Wohltäter der Menschheit, der Humanisten (oho!), der Ärzte und jetzt auch der Linken — und zwar genau deswegen, weil die Krankheit selbst Kritik der Lebensbedingungen, des Mangels ist. . .

Es reicht halt nicht, „Arzt und Revolution" und „Warum Juden Patienten sind" zu veröffentlichen, ihr hättet die Texte auch lesen müssen. Sonst kommt das heraus, was du auch selbst schreibst: „Ich gehöre zu denen, die die Herrschaft der Medizin nur aus einiger Distanz kennengelernt haben", und was man schon kennt.

An der Leichtigkeit, mit der das Denken zufriedenzustellen ist, kann man ermessen, wieweit es sich verloren hat.

Kontakt: J.P. Burger, Rue des chapeliers, F-6700 Strasbourg.



Photo: Die vermutlich neueste Entwicklung auf den Gießener Wohnungsmarkt, wer einzieht, wird im urigen Wettkampf entschieden. Dieser hervorragende Augenblick wurde vermutlich in Gießen (vermutlich von den hervorragend pfiffigen Jungs von Moskito) eingefangen.

Gedanken eines WG-Suchenden:

„...UND FÜHLEN UNS NICHT BETROFFEN."

GIESSEN 1. April *Wenn man ein Zimmer in einer unserer „heißgeliebten" Wohngemeinschaften sucht, und was man dabei erleben kann, beschreibt ein Wohnungssuchender mit langer Zunge:*

Schon gut seit einem halben Jahr bin ich auf der Suche nach einer Wohngemeinschaft, und ich glaube, daß es wie den Mescaleros auch mir erlaubt sein darf, innere Monologe zu veröffentlichen: Zu einer Angelegenheit, die zum einen existenziell, zum anderen die bisher peinlichst mit Samthandschuhen gehandhabte Kritik an der linken WG-Scene betrifft.

Ich weiß, daß ich mit meiner Zelle (wäre ich ein Hund, wäre schon längst irgendein Tierschutzverein wegen der zu geringen qm-Zahl auf den Plan getreten!) im Wohnheim nicht alleine dastehe, anderen Leuten es in ihren Kellerlöchern noch beschissener geht, doch denke ich, daß es mehr als zeitlich überfällig ist, das Schweigen über die Wohnsituation in Gießen zu brechen. –

Normalität scheint immer das zu sein, mit dem sich alle abgefunden haben, resignativ oder gar gleichgültig zuzulassen, daß in „Wohnheimen" die Zahl der Alkoholiker stetig steigt, Schlaftabletten kiloweise (!) geschluckt werden, jedes Semester ca. 10 Leute über den Jordan gehen...

Eine Normalität, in deren Rahmen es möglich ist, lediglich mit Statistiken auf die Rate der psychisch angeknacksten Studenten zu reagieren, eine Normalität, deren Zynismus anscheinend auch ein Teil der Gießener WG-Scene verinnerlicht hat:

Ich weiß schon gar nicht mehr, wieviele Dutzend von WG's ich abgeklappert habe, wie oft und wem ich meinen Lebenslauf heruntergeleiert habe, gar Fragebögen ausgefüllt, mir nahegelegt wurde, in dieser kirchlichen oder politischen Gruppe aktiv zu werden, um einziehen zu dürfen, mir über Gott und die Welt ein Loch in den Bauch gefragt wurde usf.!! Dann waren die WGs zu den Verabredungen nur teilweise oder gar nicht erschienen, habe ich allem zum Trotz nochmal telefonisch nachgehakt und zum größten Erstaunen mitgeteilt bekommen, daß sie „nie jemanden gesucht" haben.

Die Schnauze dermaßen voll, bin ich so wieder ins Studentendorf gefahren, habe 30 Minuten gewartet, bis mir wieder die Decke auf den Kopf gefallen ist und ich wieder loszog in die Kneipen, Annoncen abzuklappern, Bekannte zu sehen, und auch ein wenig Frust mit Bier zu betäuben.–

Hier und da einen Tip erhalten, telefoniert und neue Treffs ausgemacht. Zu den Treffs erschienen, mit einer langen oder auch verwunderten Flappe empfangen worden, trotzdem meine Gründe für mein Kommen abgespult, Tee getrunken, gelabert und aufs Neue einen Korb erhalten, und zwar mit der Begründung, „eigentlich suchen wir ja 'ne Frau." Scheiße, steh ich schon wieder so doof da wie am ersten Tag. – Gedächtnisblitz!! – Heißa, da war ja noch die WG, die mir Armin empfohlen hatte. Rauf aufs Rad und nix wie hin!! Erstaunlich freundlicher Empfang, Lächeln, Tee und Nüsse... und „ob ich bereit wäre wie sie auf vegetarische Kost umzusteigen? Zumal das Fleisch ja überhaupt nicht schmeckt usw." Ein Tschüß und Lebewohl und schon wieder draußen in der Kälte ... und das schon seit 6 Monaten!!!

Genug der Nestbeschmutzung, was könnte man besser machen?

Vielleicht mal einsehen, daß WG-Verhöre (fast so schlimm wie bei KDV-Anerkennungsverfahren!) niemals einen Einblick in die Bewerberpersönlichkeit geben können, da sich selbige nur im Zusammenleben herausstellt, also Leute, mehr Risikobereitschaft von Seiten der WG.

Ein bißchen mehr Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit den Bewerbern gegenüber, also nicht erst große Hoffnungen erwecken um einen letztendlich noch tiefer fallen zu lassen.

Ganz banal mal die Verabredungen einhalten.

Praktische Solidarität mit den WG-Suchenden zu üben, indem man z.B. vom eigenen Partei/Komitee/Liga-Dogma runterkommt.

Und überhaupt, warum immer nur das MUSS einer „gemischten" WG, zumal in der Realität wirklich mehr Männer bereit zu sein scheinen, in eine WG zu ziehen?

So, jetzt habe ich erst mal das Gefühl, daß gesagt zu haben, was mir schon lange am Herzen lag. Zuguterletzt von mir noch ein Trostpflästerchen für die WG, die den Monolog gerade gelesen hat: Ich habe bestimmt nicht alle WGs im Raum Gießen besucht, drum nehmet eure rechte Hand, erhebet sie und klopfet dreimal mit ihr auf die linke Schulter mit den Worten: „Eins, zwei, drei, wir waren nicht dabei, fühln uns nicht betroffen, und wenn, war'n wir besoffen!"

Liebe E-Klo-Leute, bitte habt Verständnis, wenn ich meinen Namen nicht preisgebe. Ich fürchte sonst, überhaupt keine Chance mehr zu haben in einer WG in Gießen unterzukommen."

(aus: Elephanten-Klo, Zeitung für Gießen, Nr. 63)

Die KRONE ist tot – Die KRONE-Bewegung lebt!!

Hanau, 31.3.80 Sie auch ID 325

Besuch am Morgen

Am Dienstagmorgen, 25.3., tauchten gegen 9 Uhr in der seit 7 Wochen besetzten Krone ca. 15 Polizeifahrzeuge mit 50 Polizisten auf. Sie stellten die Personalien der in der Krone anwesenden Personen fest. Dies geschah, so der ebenfalls anwesende Polizeidirektor Gallus, im Namen der neuen Krone-Besitzerin Axel Rosbach City-Märkte KG, damit gegen die aufgenommenen Personen vor dem Landgericht Hanau eine einstweilige Verfügung auf Räumung erwirkt werden konnte. Das große Polizeiaufgebot zeichnete sich im Hof gegenüber de 7 Anwesenden durch Ängstlichkeit aus, bis es sich nach Durch sicht des Hauses davon überzeugt hatte, daß, laut Gallus, "sich auf dem Dachboden nicht 200 militante Frankfurter verschanzt hatten".

Danach wurden die Anwesenden in Leute mit und ohne Personalausweis getrennt, die Personalien festgestellt und im Polizeicomputer abgefragt. Zwei von uns ohne Personalausweis wurden zur Feststellung der Personalien mit auf die Wache genommen. Durch den Telefonrundruf kamen sofort weit über 50 Leute zur Krone, um die dort Festgehaltenen zu unterstützen. Diese Tatsache zeigte, daß nicht nur 20 Leute, sondern weit mehr hinter uns und der Krone stehen, auf die man/frau sich im Ernstfall verlassen kann, was natürlich auch unsere Angst etwas minderte. Zur gleichen Zeit lief, und davon hatten wir keine Ahnung, vor der vierten Kammer des Landgerichts Hanau die Verhandlung über die einstweilige Verfügung, die entgegen der Praxis ohne Anhörung der Gegenseite, d.h. der Besetzer ablief.

Noch am selben Vormittag setzten wir einen Widerspruch auf, der am nächsten Tag dem Landgericht zugestellt wurde. Ihm wurde – natürlich – nicht stattgegeben, wie sich dann zeigen sollte. Nach der Polizeiaktion und der Landgerichtsverhandlung begannen bei uns fieberhafte Aktivitäten, denn uns war klar, daß Räumung und Abriß der Krone unmittelbar bevorstanden.

Schon mit dem Telefonrundruf am Vormittag hatten wir zur Vollversammlung am Vormittag mobilisiert. Auch hier wieder mit recht großem Erfolg: ca. 200 Leute kamen. Auf dem Plenum machten wir uns klar, daß es von nun an wichtig ist, daß Tag und Nacht möglichst viele Leute in der Krone sind. Vor allem sollten die sieben, deren Personalien festgestellt wurden und gegen die der Räumungstitel ergehen würde, sich außerhalb der Krone aufhalten (sie machten draußen Nachtwache), damit der Gerichtsvollzieher den Titel nicht zustellen kann. In diesem Falle hätte es die Chance einer erneuten Verhandlung der Räumungsklage vor dem Landgericht Hanau gegeben.

Wie es sich später bei der Räumung noch zeigen sollte, war es sehr wichtig, daß bei diesem Plenum zum x-ten Mal unser Verhalten im Falle der Räumung haarklein diskutiert wurde (Nachtwachen, Telefonrundruf, Sitzstreik).

Die Polizeidirektion war in der Zwischenzeit auch nicht untätig geblieben: Sie hatte sich etwas Neues einfallen lassen: Zehn Minuten vor 21 Uhr kamen vier "Grüne" und zwei Zivile und forderten uns auf, die Krone wegen einer angeblichen Bombendrohung zu verlassen. Da es nur sechs Beamte waren, denen einige Probleme entstanden wären, hätten sie versucht, 200 Leute daran zu hindern, in die Krone zurückzugehen, lies-



sen wir uns auf dieses "Spielchen" ein und versammelten uns auf der Straße. Seltsamerweise waren die übrigen Anwohner nicht gewarnt worden. So wurde auch keine Bombe gefunden. Ergebnis der Polizeiaktion: Auch die Nebengebäude wurden der Polizei vertrauter, sie konnte sich ein Bild von der Stärke der Mobilisierung machen und es war die Möglichkeit geliefert, die Krone jederzeit einzig mit Polizeirecht und dem Hinweis auf die "öffentliche Gefährdung" zu räumen.

Diese Nacht schliefen wir auch mit einem guten Gefühl, denn es waren über 60 Leute da, die Krone war voll belegt und die Nachtwache funktionierte.

Der nächste Tag

Zu diesen Vorfällen wurden am nächsten Morgen Flugblätter verteilt. Ein Erfolg davon war es, daß eine Schulstunde in die Krone verlegt wurde. Abends beim Plenum wurde natürlich wieder über die bevorstehende Räumung diskutiert und darüber, daß das Programm wie geplant weiterläuft.

Abbruch

Am nächsten Morgen, Do., 27.3., um 9 Uhr kamen ca. 50 Bullen und der Gerichtsvollzieher mitsamt Bagger und Abbruchgerät, um die Krone sofort zu räumen. Durch die Wachen gewarnt, hatten wir (ca. 20 Leute) uns schon in einem Raum versammelt und mit dem abgesprochenen passiven Widerstand in Form eines Sitzstreiks begonnen. Unseren Einwänden, daß der Gerichtsvollzieher den Räumungstitel den ermittelten Leuten nicht zustellen kann, da diese nicht da waren und die Klage neu verhandelt werden müsse, hielten die Bullen mit dem Hinweis auf "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und



1945 und 1980.
Es sind immer die gleichen, die an Zerstörung Geld verdienen.



Polizeidirektor Geillos: „Demonstranten prügelten und schlugen auf Polizisten ein."



Die „Krone" ist kaputt,
bald ist auch das Rathaus Schutt.

Ordnung" entgegen, daß jetzt Polizeirecht gelte und sie das nicht interessiert. Nach der Personalfeststellung und dem Ablauf einer von uns erwirkten Frist von einer 1/2 Stunde, die wir nutzten, um einen Teil unserer Sachen auf die Straße zu stellen, schleiften uns die Bullen aus der Krone raus.

Zur gleichen Zeit begann der Bagger schon das Gebäude auf dem Nebengrundstück einzureißen, was von den durch Rundruf (in Gang gesetzt von einem wohlwollenden Mittelbuchener Bürger) zusammengetrommelten 150 Leuten aus Hanau, Offenbach und Frankfurt aus ohnmächtiger Wut mit Pfiffen Schreien usw. begleitet wurde.

Als der nächste Bagger in die Absperrung vor der Krone einfahren sollte, der Einsatzleiter stellte zu dieser Zeit 100 Bereitschaftspolizisten mit Knüppeln, Helmen, Schilden bewaffnet und Hundestaffeln auf, setzten wir uns vor den Bagger auf die Straße. Nach dreimaliger Aufforderung, diese zu räumen, wurden wir brutal auseinandergerissen, getreten, über den Boden geschleift und in Polizeiwagen gezerrt. Ca. 25 von uns wurden z.T. in Handschellen gelegt und vorübergehend festgenommen. Damit war der Weg frei für die Bagger, um mit dem Abriß unserer Krone zu beginnen. Uns war kotzelend und zum Heulen zumute, als wir ansehen mußten, wie unsere Arbeit und unser Zusammenleben vieler Wochen einfach dem Erdboden gleichgemacht wurde.

Weil wir es vor der Krone nicht mehr aushielten, fuhren wir ins KOZ (Kommunikationszentrum Hanau), um zu beratschlagen, wie's weitergehen sollte, denn uns war klar, daß mit dem Abriß der Krone unsere Ideen, Träume, Wünsche, Phantasien und auch unser Mut in der Tradition der Krone weiterzumachen nicht zu brechen ist. In der Zwischenzeit trudelten die vorläufig Festgenommenen ein und wurden mit lautem Hallo, Umarmungen, Küssen und 'nem Bier empfangen. Während eines kurzen Plenums beschlossen wir mit Matratzen, Schlafsäcken, Musik und einem Sarg, der den Abriß unserer „Krone" symbolisierte, mit 80 Leuten in das Hanauer Rathaus einzuziehen. Damit wollten wir unsere Wut gegen die wenden, die für die Zerstörung unseres Kommunikationszentrums mitverantwortlich sind und von denen wir ein neues Haus fordern.

Im Rathaus war natürlich niemand zuständiges zu erreichen, die Verantwortlichen schlossen vor dieser Art „Bürgernähe" verangstigt in ihre Zimmer ein. Einzig der Hauptamtsleiter Hoppe versuchte uns mit Beschwichtigungen und Versprechungen raus zubekommen. Als er dies nicht schaffte, rief er die Bullen an, die auch bald mit 40 Mannschaftswagen, Wasserwerfern und weit über 200 Männern anrückten und sich zur besseren Machtdemonstration auf dem Marktplatz aufbauten. Nach der Aufforderung das Rathaus zu räumen, packten wir unseren Krempel und verließen singend und pfeifend und johlend das „Lokal". Die Wände des Rathauses werden auch weiterhin daraufhin weisen, daß die Krone lebt!!! Selbst einigen Bürgern, die uns zum Teil klatschend begrüßten, kam der Polizeieinsatz spanisch vor, sie fühlten sich in Kriegszeiten zurückversetzt.

Bei der Vollversammlung am Abend beschlossen wir zunächst, am Samstagmorgen mit einer Demo weiterzumachen. Bei der Demo kamen dann ca. 400 Leute und ein Feuerschlucker. Auch von den besetzten Häusern aus Frankfurt und Offenbach wurden die ehemaligen „Krone"-Besetzer unterstützt. Die Krone-Leute forderten sofortigen Ersatz für die Krone. Außerdem wird sich eine Gruppe, die das fragmentarische Konzept für ein Kultur- und Kommunikationszentrum ausarbeitet, ab nächste Woche regelmäßig treffen. Desweiteren überlegen wir uns eine Krone-Dokumentation zu erstellen. Außerdem haben alle Leute massenhaft Ideen, was wir weitermachen können im Kopf.

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag fanden sich einige Leute vor dem Trümmerhaufen der Krone ein, um Balken und Steine der Krone abzutransportieren. Außerdem wurden ca. 10 Kränze über die Trümmer gehängt, die allerdings am nächsten Morgen wieder verschwunden waren. Wie von gewöhnlich gut informierten Kreisen zu erfahren war, flogen in dieser Nacht die Scheiben von HL-Märkten in Frankfurt und Wachenbuchen ein. Darin wurden abgerissene Krone-Steine gefunden.

JEDER STEIN DER ABGERISSEN, WIRD VON UNS ZURÜCKGESCHMISSEN !!!!!

Kontakt: KOZ, Friedrich-Ebert-Anlage 4, 6450 Hanau.

Die Solidarität hat's mächtig schwer

Die Frauengruppe Herne wollte einen Kalender machen und machte stattdessen erst mal Erfahrungen:

In der Courage lasen wir, daß noch Frauen gesucht wurden, die die Koordination und Herstellung des tag für tag-Kalenders 1981 übernehmen wollten. Wir, das sind eine Handvoll Frauen aus Herne (fünf Finger sind eine Faust!). Wir waren ganz begeistert, ein Projekt gefunden zu haben, daß uns Spaß machen würde und wo wir neue Erfahrungen sammeln können, obwohl wir vor den technischen und handwerklichen Sachen etwas Angst hatten. Trotz allem, wir beschlossen, das machen wir, und setzten uns mit den Kalenderfrauen 80 aus Münster in Verbindung, die für alle interessierten Frauen ein Treffen am 23.2. in Münster organisiert hatten. Daß sich noch einige andere Frauengruppen für das Projekt interessierten, wußten wir zwar (in den vorigen Jahren hatte es immer Schwierigkeiten gegeben, rechtzeitig eine Frauengruppe zu finden, die den Kalender fürs nächste Jahr übernahm), aber das der Raum bei unserer Ankunft so vollgeprfopft war von Frauen aus allen Bundesgebieten, die das gleiche wollten, schockte uns ganz schön (28 Frauen, 6 Gruppen).

Da saßen wir nun alle an einem Tischuns fremd, bei Butterbroten und Kaffee, und wußten, daß nur e i n e Frauengruppe das Projekt kriegen konnte.

Normalerweise freut frau sich ja, wenn frau neue Frauen kennenlernen kann, die ähnlich denken, aber die Atmosphäre war schon eher zwanghaft locker, frau suchte etwas unsicher Themen, fragte nach dem woher? — und was macht ihr? — und wartete, bis auch die letzte Gruppe eingetroffen war.

Dann begann der Streß — wer gewinnt!? ...

... Fast jede, der sich "bewerbenden" Frauengruppen hatte bereits ein Grobkonzept "ihres" Kalenders erstellt, ...

... z.B. Frauen und Militär, Mackerverhalten bei Lesben, Ausländerfrauen in der BRD, Frauen und Prostitution, Frauen und Hierarchie, etc. Die Neu-Isenburger und die Herner Frauen versuchten, von dem bisherigen Kalenderkonzept, "Sammelsurium von unterschiedlichen Themen", abzukommen und stattdessen dem Kalender ein übergeordnetes Thema bzw. roten Faden zu geben.

Die Neu-Isenburger hatten sich das zentrale Thema "Lebenstraum" ausgedacht. ... Das zentrale Thema der Herner Frauen war der regionale Ansatz, sich mit Frauen und Frauen-

bewegung im Ruhrgebiet auseinanderzusetzen, hierbei schwerpunktmäßig mit der Frauenarbeitslosigkeit und Spaltungstendenzen in der Frauenbewegung.

Eine völlig andere Vorstellung von der Kalenderarbeit hatten die Bremer Frauen. Sie hatten nicht wie alle anderen Gruppen vor, die Kalenderkoordination für das ganze Jahr zu übernehmen, sondern nur für 3 Monate. Eine Gruppe war also schon ausgeschaltet! Göttin sei Dank! Blieben also nur noch 4 Frauengruppen, die bisher versucht hatten, sich folgenderweise zu profilieren: "Ich bin schon fertige Grafikerin", "Ich habe schon eine Zeitung gemacht", "Wir haben ein Fotolabor" und dann "Wir haben ein Fotolabor und eine Dunkelkammer", usw. (sinngemäße Zitate), alles in allem die berühmt-berüchtigte Frauensolidarität in Höchstform! Diese Profilierungssituation, wo jede nur ihre Schokoladenseite zeigte, um ein ganz bestimmtes Ziel zu erreichen, ist im Grunde das, was wir als männliches, leistungsorientiertes Verhalten bekämpfen. ...
Die Stimmung war so gespannt, daß einzelne Frauen Angst und/ oder Formulierungsschwierigkeiten hatten. Eine Ursache für die unerträgliche Atmosphäre war, daß wir keine Kriterien finden konnten, die uns die Entscheidung zwischen den Gruppen ermöglicht hätte. Ein Kriterium hätte die technischen und fachlichen Voraussetzungen der Gruppen sein können – das wiederum entsprach nicht unseren Vorstellungen. ...

Außerdem zog selbst so ein Kriterium nicht, weil die Gruppen anscheinend doch recht ähnliche Voraussetzungen hatten. Ein weiterer Grund für die beklemmende Stimmung lag darin, daß das Problem, die Konkurrenzsituation, viel zu spät offen angesprochen und diskutiert wurde. Wir haben es eben immer noch nicht gelernt!

Die Bremer Frauen brachten schließlich den Vorschlag ein, die Kalenderarbeit aufzuteilen. Nach längerem Hin und Her einigten wir uns darauf, daß jede Gruppe die inhaltliche Arbeit und Gestaltung für zwei Kalendermonate übernehmen sollte. Für die Koordination, Herstellung und Vertrieb des Kalenders sollte e i n e übergeordnete Gruppe verantwortlich sein, die noch "erkoren" werden mußte. Nach kurzem allgemeinen Aufatmen über die gefundene Lösung begann das Spielchen von Neuem: alle vier Gruppen erklärten sich selbstverständlich bereit, die Gesamtkoordination zu übernehmen. Die Münsteraner Frauen (Kalenderfrauen 80) erläuterten nun etwas näher Aufgaben, Probleme und Belastungen (z.B. eine Woche Kalender verpacken, nicht nur Tag für Tag, sondern auch Nacht für Nacht, usw.), im Hinterkopf vielleicht die Hoffnung, daß, wenn frau das Projekt so schwierig und arbeitsreich wie möglich beschreibt, einige Frauengruppen von selbst abspringen. Und siehe da, es klappte: die Herner Frauen verzichteten, aber nicht nur wegen der großen Arbeitsbelastung, sondern weil sie das Gefeilsche satt hatten. Da waren's nur noch drei! Das Beispiel machte Schule, die Bielefelder schlossen sich nach einiger Zeit an. Die Frauen aus Osnabrück und Neu-Isenburg „kämpften" weiter. Da das Thema der Neu-Isenburger Frauen (Lebenstraum - Lebensrealität) uns alle fasziniert hatte machten schließlich die Bremer den konstruktiven Vorschlag, dieser Gruppe die Koordination zu übertragen. – Die Osnabrücker gaben nach.

Endlich! Nach vierstündigem Hick-Hack hatten wir eine Lösung gefunden, di e alle einigermaßen zufriedenstellte. Die Atmoshäre entspannte sich spürbar, und es entstand ein angenehmes Durcheinander, weil alle Frauen vor Ideen nur so übersprudelten. Wir (die Herner Frauen) und, wie wir glauben, auch die anderen Frauen, hatten nach diesem langwierigen und stressigen Konkurrenzkampf und Entscheidungsprozeß das Gefühl, eine wirklich solidarische Lösung gefunden zu haben ...

Gemäß dem Anspruch des Kalenders, Forum der Frauenbewegung zu sein, bitten wir euch zu den Themenschwerpunkten Beiträge aller Art (Grafiken, Aufsätze, Zeitungsartikel etc.) an die dafür zuständige Kalendergruppe zu schicken.

Redaktionsschluß ist der 12. Mai 1980!

Themen:
§ 218, Pro familia, Tribunal, Fruaenunterdrückung durch Frauen:
an Jutta Nickel, Große Annenstr. 35/36, 2800 Bremen
Lesben, Frauenehrentage (z.B. 8.März):
an Isabell Reisky, Laerstr. 9, 4800 Bielefeld
Ausländerfrauen in der BRD, Frauen und Prostitution, Frauen und Politik:
an Verena Rannenberg, Buerschestr. 19, 4500 Osnabrück
Frauen in Projekten, Krise in der Frauenbewegung:
an Traudel Evers, Mühlweg 15, 6072 Dreieich
Aktuelles:
an Beatrix Dirk, Hoyastr. 34, 4400 Münster
Frauenarbeitslosigkeit, Frauen im Revier:
an Helga Nieweth, Karlstr. 23, 4690 Herne 2

William B. Shockley, 70, Nobelpreisträger für Physik, hat zur Verbesserung der Menschheit sein Ejakulat einer kalifornischen Samenbank zur Verfügung gestellt, die damit Frauen mit nachgewiesen hohem Intelligenzquotienten beliefert. Wenn sich Shockleys geistige Fähigkeiten vererben – woran er fest glaubt –, können bei dieser Kreuzung seltsame Babys herauskommen. Shockley, der unter der Nixon-Regierung großen Einfluß besaß, ist nämlich der Erfinder des sogenannten Dezi-Kind-Zertifikat-Plans. Danach soll jedes Mädchen in frühem Alter mit einer Injektion steril gemacht werden. Wenn es heiratet, bekommt das Ehepaar 22 Dezi-Kind-Zertifikate (Dezi = ein Zehntel) zugeteilt. Gegen die Abgabe von jeweils zehn Dezi-Kind-Zertifikaten kann die Sterilität der Frau bis zur Geburt von zwei Kindern zweimal unterbrochen werden. Die restlichen zwei Dezi-Kind-Zertifikate, die ja nur für ein Fünftelkind reichen würden, können entweder an einer einzurichtenden Baby-Börse verkauft werden. Dort kann man aber auch durch den Erwerb von acht Dezi-Kind-Zertifikaten das Anrecht auf ein drittes Baby kaufen.

Shockley sieht den Vorteil seines Plans darin, daß sich vor allem die wohlhabenden Ehepaare vermehren. Sie haben nämlich – glaubt er – das bessere Erbgut. Durch einen großzügigen Sterilisierungs-Bonus-Plan will er den neuerdings auch bei uns umstrittenen Sozialstaat überwinden. Jeder Wohlfahrtsempfänger mit niedrigem Intelligenzquotienten (IQ) – das hängt für Shockley eng zusammen – soll sich sterilisieren lassen. Für jeden IQ-Punkt, der unter dem statistischen Durchschnitt von 100 IQ liegt, gibt es 1000 Dollar.

Wer so dumm ist, daß er nur 70 IQ hat, bekommt also 30 000 Dollar. Je dümmer, desto mehr Dollar. So, errechnet der Professor, könne man im Laufe einer Generation durch einmalige Zahlungen den Wohlfahrtsstaat auflösen. Vorschlag: Die kalifornische Samenbank muß mindestens 100 000 Dollar für den Shockley-Samen verlangen.

aus metall



Die zwischenmenschlichen Beziehungen von Mitarbeitern der Körnerhandlung Grasblatt und des Gebrauchtkleiderladens Knopfloch

körner - kinder - katzen - hunde - mäuse

Auch das gehört zur Geschäftsführer-Debatte:
Ein Mitarbeiter der Dortmunder Stadtzeitung Klüngelkerl beobachtete die Kontroverse zwischen einem Körner- und einem Klamottenladen. Was er bei seiner Wanderung zwischen den beiden Läden erfuhr, ist im Klüngelkerl veröffentlicht worden:

„Soll ich überhaupt über diese Scheisse was schreiben? " rufe ich zur Treppe, im Grasblatt stehend. Karen (Mitarbeiterin im Grasblatt) telefoniert mit Dieter (ebenfalls Mitarbeiter im Grasblatt) und sagt: „Du bist doch nur 5 Meter weiter oben, komm doch mal runter". Aber Detlev will nicht, er will einen Zettel ins Klüngelkerl-Büro werfen. Neben dem Körnerladen Grasblatt ist der Klamottenladen Knopfloch, vor einem Jahr war dieser Laden noch leer. Sabina (Mitarbeiterin im Knopfloch) wollte dort einen Laden aufmachen. Das war aber so nicht möglich, weil sie gegenüber dem Vermieter „Haus und Grund" kein festes Einkommen angeben konnte. Sie bat daher Detlev, den Laden doch für sie anzumieten – was dieser auch machte. Sabina bezahlt die Miete also immer an Dieter und machte den Laden zusammen mit ihrem Freund Nasi. Vor fünf Monaten wurde sie schwanger. Der Laden ist ihre momentane Existenzgrundlage.

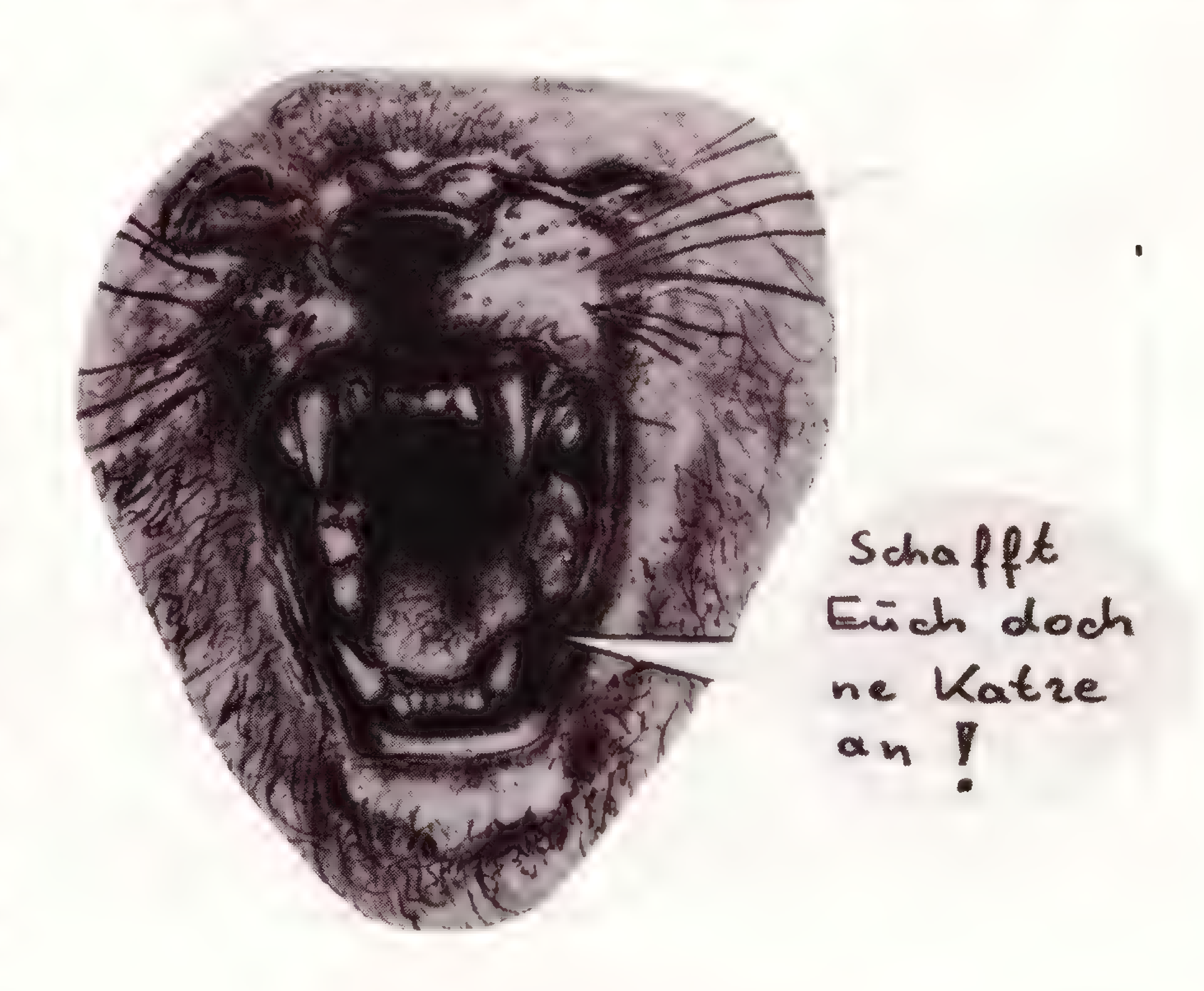
Das „Grasblatt" machte gutes Geschäft mit den Körnern. Es wurde noch ein „Grashalm" eröffnet, in einer Gegend, in der viele Wohngemeinschaften wohnen, deren Mitglieder gerne Körner kaufen. Das „Grasblatt" kaufte immer größere Mengen von Körnern ein und hatte ein Lager in der Wörthstr. in Dorstfeld, was später aufgelöst wurde. Jetzt hatten die „Grasblatt-Leute" nur noch ein kleines Lager über ihrem Laden, und sie mußten die Körnersäcke immer die Treppe hochtragen, was ihnen gar nicht behagte. So stellte ihnen Sabina vom Knopfloch noch ein kleines Lager zur Verfügung.

Die Grasblatt-Leute wollten aber eigentlich ein richtiges Lager für ihre Körner finden. Da fiel ihnen ein, daß sie ja bzw. Dieter einen Vertrag hatten, einen Mietvertrag für den Knopfloch-Laden. Und sie sagten der Sabina, sie möge doch bald mal ausziehen. Der Kündigungsgrund, mehr Lager zu brauchen, schien ihnen selber etwas mickrig zu sein. So erfanden sie noch viele andere Gründe, warum es nicht gut sei, daß da ein Knofloch neben einem Grasblatt sei. Immer polemischer wurde alles, immer wütender wurden alle und redeten schließlich nicht mehr miteinander, sondern hefteten nur noch Zettel an ihre Ladentür. Dann gab man der Knopfloch-Sabina, wie das am alternativen Wohungsmarkt so üblich ist, eine Kündigungsfrist: sie sollte bis Ende Februar ihren Laden räumen.

Als „Redakteur" vom Klüngelkerl hatte ich ja erstmal keine Meinung über die ganze Geschichte – ich ging in den einen Laden – ließ erzählen – ging in den anderen Laden – ließ erzählen.
Die Grasblättler meinten, Knopfloch sei dreckig und versifft, Mäuse würden in den Klamotten sitzen und Flöhe gäbs da auch. Die Mäuse würden die Körner auffressen. Die Mäuse würden Körner mögen, meinten die Knopflöcher, und wären deshalb in die Gegend gekommen. Die Grasblättler sollten sich wenigstens eine Katze anschaffen. Die aber meinten wiederum, eine Katze ginge nicht, weil die Knopflöchler einen großen schwarzen Hund hätten. Aber Sabina meinte, der Hund würde sich gut mit Katzen vertragen (sie hatte gerade eine Katze auf dem Schoß).

Also dreckig fand ichs nicht im Knopfloch, und andere aus der Redaktion, die mal da waren, auch nicht. Aber wahrscheinlich haben die Grasblättler andere Vorstellungen von Sauberkeit als die Klüngels.

Weiter meinten die Grasblättler, Knopfloch-Sabina hätte ewig ihren Ofen nicht angemacht, so faul sei sie, außerdem mache sie immer unpünktlich ihren Laden auf und manchmal tagelang, wochenlang oder monatelang oder jahrelang mache sie ihren Laden gar nicht auf ... – und die Kunden würden immer anrennen und fragen, was denn mit dem Knopfloch sei und die Grasblättler damit belästigen. Außerdem würden die „Knöpfe" nichts verkaufen und keinen Umsatz machen. Und dann schafft sich die Sabina in so einer Situation auch noch ein Kind an – wie unverantwortlich – die armen Kinder, in der heutigen verseuchten Welt.



Dann sagten die Grasblättler noch, daß ihnen das Ganze doch peinlich wäre, aber sie bräuchten eben ein Lager, und die Sabina würde sie immer nur ausnutzen, z.B. Brennholz aus ihrem Keller nehmen.
Der Klüngelkerl, so meinte man, würde sich ja in der letzten Zeit gut verkaufen und ich sollte doch nächsten Monat ein paar Exemplare mehr vorbeibringen, und ob wir es nicht interessant fänden, wenn man jeden Monat was über gesündere Ernährung im Klüngelkerl schreiben würde. Aber diesen Monat würde man es nicht mehr schaffen. „Ja, wär schon gut", sagte ich, etwas zögernd ...

Die Sabina meinte dann, wenn sie einen Laden mache, müsse sie doch entscheiden können, wann sie aufmache und wieviel sie verdienen wolle. Sie zeigte mir ein Heft, in dem die Einnahmen von einer Woche drin waren. Ja, und Holz hätte sie schon mal zum Anheizen genommen, aber nicht zum Heizen, sie heize mit Kohle. Dafür würden die Grasblättler aber auch Strom von ihr abzapfen, um in der Werkstatt überm Knopfloch zu arbeiten und sie zeigte mir das schwarze Verlängerungskabel, daß die Treppe raufführte.
Als Nasi, Sabinas Freund, das mit dem Holz mitkriegte, bekam er eine unheimliche Wut, zog das schwarze Kabel raus. Worauf es oben still wurde. Dann ging eine Klappe auf. „Mach sofort das Kabel wieder rein, wir zahlen dir deinen Strom". Aber das Kabel wurde nicht mehr reingemacht und der Grasblättler auf der Treppe rief: „Sabina, es geht auch anders, dann fliegst Du eben gleich raus .."

Mir wurde das eigentlich immer peinlicher — ich hatte den Türgriff in der Hand und verdrückte mich.

Also, ich hab ja auch eine eigene Meinung und finde, daß da die Sabina einen Laden aufgemacht hat, und wie sie das macht, und was sie da macht, geht die Grasblättler gar nichts an. Wenn die schon so alternativ sind und jetzt ihren Mietvertrag aus der Tasche ziehen, um billigen Lagerraum direkt nebenan zu kriegen, sollten sie sich mal überlegen, daß da ja tatsächlich — stillschweigend — ein Mietverhältnis bestand, das man nicht so einfach auflösen kann. Dann sollten sich die Grasblättler auch mal überlegen, was sie noch mit „alternativ" sein verbindet, die Körner vielleicht, die Menschen dann bestimmt nicht mehr.

Die Sabina soll selbst entscheiden können, wann sie ausziehen will. Sie will es eh bald. Und sie soll, wenn sie will, das Kind in Ruhe kriegen können, und nicht belastet sein mit „neuem Laden suchen". Denn, wie allgemein bekannt, ist ein kleiner, billiger Laden nicht so einfach zu finden und auch die Kunden müßten sich dann erst allmählich wieder einstellen. Und vielleicht sollte der Begriff „alternativ" oder „Alternativprojekt" endlich abgeschafft werden, weil sich da sehr leicht unter der Flagge eines Begriffs segeln läßt, und es oft einfach nur bei der Flagge bleibt.

Aus: *Klüngelkerl, Zeitung für Dortmund*

DIE „SALÜ–SAARBRÜCKERIN"

mit chic, charme und polizeiknüppel



Die Saarbrücker Stadtzeitung berichtet darüber, wie es ausging, als die Stadt eine schicke „Salü-Saarbrückerin" suchte:

Der Leiter des Amtes für Öffentlichkeitsarbeit, Peter Fischer, wie immer auf Imagepflege der Stadt bedacht, versuchte nun zum 2. Mal in seiner Amtszeit die Frau in den Dienst der Werbung zu stellen; nicht irgendeine Frau, sondern eine mit viel „Pfiff, Chic und Charme", was auch immer das heißen mag. Gesucht wurde die „Salü-Saarbrückerin".

Zugegeben, hier handelt es sich nicht um eine Miß-Wahl im üblichen Sinne, hier werden nicht Frauen im Badeanzug über den Laufsteg geschickt. Es wird ein „bißchen Allgemeinbildung" (Pressebericht), Schlagfertigkeit und Kreativität verlangt, aber frau muß auch sehen, daß es sich um Werbung handelt. Die Stadt soll mit Hilfe einer hübschen Frau in Nantes, Tiflis oder anderswo als jung, reizend und liebenswert dargestellt werden. Deshalb hat bei dieser Wahl von vornherein nur eine Frau eine Chance, die den herrschenden Vorstellungen entspricht. Eine ältere Frau mit ihrem großen Fundus an Lebenserfahrung hat da nicht die geringste Chance.

Deshalb hatten schon vor zwei Jahren Fraueninitiativen aber auch Teile der SPD-Parteibasis gegen die Wahl der ersten Salü-Saarbrückerin protestiert, was von Seiten der Verwaltung zu dem Versprechen führte, eine solche Art von Imagepflege nicht mehr zu betreiben. Umso überraschter konnte man sein, als nun auf Plakaten das Amt für Öffentlichkeitsarbeit erneut zur Wahl der Salü-Saarbrückerin aufrief. Im Vorfeld gab es schon Proteste von Frauen, wie z.B. einen offenen Brief an den Oberbürgermeister und das Amt für Öffentlichkeitsarbeit. Auskünfte von Stadtverordneten ergaben, daß sie auch erst aus der Zeitung von der Miß-Wahl erfahren hatten. Sie sagten, daß diese Veranstaltung niemals eine Mehrheit im Stadtrat gefunden hätte. Ein Alleingang des Stadtamtes also? Genährt wird diese Vermutung auch durch die Tatsache, daß die ganzen Kosten incl. aller Getränke bei der Vorauswahl am 12. Januar im Theater im Stiefel ganz von einer Brauerei und einer Limonadenfirma übernommen wurde.

So konnte es also nicht ausbleiben, daß es am Abend der Vorauswahl im Theater im Stiefel zu Protesten kam. Die Demonstranten/tinnen, im wesentlichen verschiedene Fraueninitiativen, die Jungsozialisten, einzelne Mitglieder des Bürgerforums wollten ursprünglich am Anfang der Veranstaltung Flugblätter verteilen, vielleicht auch kurz ihre Ansicht darlegen und sich im Übrigen ruhig verhalten. Daß es dennoch anders kam, ist nicht wie OB Lafontaine im Rundfunk erklärte, auf das unglückliche Taktieren des Leiters im Amt für Öffentlichkeitsarbeit, P. Fischer, als Veranstalter und auf die Ungeschicklichkeit der Polizei zurückzuführen.

So wurde beispielsweise von dem Veranstalter schon von vorneherein die Eintrittskarte nur an bestimmte Personengruppen verteilt; die Tageskasse blieb geschlossen. Den Mitgliedern der Fraueninitiativen wurden am Eingang Eintrittskarten abverlangt, obwohl andere Besucher auch ohne Eintrittskarte eingelassen wurden. Die Veranstaltung wurde den Demonstranten gegenüber als geschlossene Veranstaltung deklariert, obwohl im an den Litfaßsäulen hängenden Veranstaltungskalender des Stiefeltheaters ohne den Zusatz "Geschlossene Veranstaltung" dafür geworben wurde.

Herr Fischer hat die ganze Veranstaltung von vornherein unter Polizeischutz gestellt. Dieses Urmißtrauen, das schon nach der Polizei rief, ehe überhaupt die Veranstaltung begonnen hatte, hat wesentlich zu der Eskalation beigetragen. Die Bereitschaft von Herrn Fischer, den Konflikt politisch zu lösen, d.h. durch Gespräch mit den Demonstranten zu Beginn der Veranstaltung, war gleich null, obwohl bei den Demonstranten durchaus Gesprächsbereitschaft vorhanden war. Da nun die Frauengruppen keine gültigen Eintrittskarten hatten, wurden sie von einem Polizisten in Zivil (Anzug, Krawatte) aufgefordert, den Theatersaal zu verlassen. Um überhaupt noch auf ihr Anliegen aufmerksam machen zu können, verteilten sie an die Besucher Flugblätter und blieben in der Vorhalle an der geöffneten Tür zum Theatersaal stehen. Sie quittierten einige Fragen von Herrn Fischer an die Kandidatinnen mit ironischen Bemerkungen.

Auch die weitere Eskalation kam nicht von den Demonstranten. Ein junger Mann (Jeans, blauer Anorak) drängte einen unmittelbar an der Theatertür Stehenden durch die Reihe der Demonstranten hin durch zum Ausgang. Die Demonstranten hielten den wildgewordenen jungen Mann für einen besonders aufgebrachten Theaterbesucher und versuchten, ihn durch gutes Zureden von seiner Aggressivität abzubringen. Nun sagte der, er habe den Auftrag von Herrn Fischer, die Tür zu schließen. Erst auf die Frage hin, warum er solchen Aufträgen nachkomme, wies er sich als Polizist aus. Er zog ein Sprechfunkgerät aus der Tasche. Nach einer Weile kamen drei Uniformierte, gingen in den Theatersaal hinein, schlossen die Tür hinter sich, kamen heraus unf führten den an der Theatertür stehenden Demonstranten, der zuvor so brutal aus dem Saal gedrängt worden war unter Zuhilfenahme körperlicher Gewalt bis zum Ende der Vorhalle ab. Er ging dann mit zum Polizeirevier Karcherstr. zur Personalienfeststellung.

Die ganze Angelegenheit hatte noch ein politisches Nachspiel. Auf einer Pressekonferenz im saarländischen Landtag forderten die Jungsozialisten und die beteiligten Frauengruppen die Ablösung von Herrn Fischer als Chef im Amt für Öffentlichkeitsarbeit. Begründet wurde diese Forderung damit, daß Herr Fischer aus der Diskussion um die Wahl der ersten „Salü-Saarbrückerin" nichts gelernt habe, daß das Amt offensichtlich im Alleingang ohne politische Debatte im Stadtrat gehandelt habe und daß schließlich Herr Fischer der eigentlich politisch Verantwortliche für den Polizeieinsatz ist. Darüberhinaus wurde die Stadt Saarbrücken aufgefordert, in Zukunft auf den Miß-Wahl-Rummel zu verzichten.

(aus: Saarbrücker Stadtzeitung Nr. 31 (Februar 80)

Zum Internationalen Selbsthilfekongreß treffen sich Frauen aus dem In- und Ausland vom 24. bis 27. April in Hannover. Geplant ist ein Erfahrungsaustausch über die Frauengesundheitsbewegung. Themen sind u.a. Prostaglandine, die allgemeine Praxis des § 218, Medikamentenmißbrauch und alternative Heilmethoden. Die Frauen vom Berliner Gesundheitszentrum, die das Treffen zusammen mit den Hannoveranerinnen vorbereiten, schreiben in ihrer Einladung u.a.:

„... Mit dieser Tagung wollen wir eine Auseinandersetzung über die gegenwärtigen Tendenzen in der Selbsthilfebewegung anregen: Selbsthilfe als reines Dienstleistungsprojekt, Selbsthilfe als unbezahlte politische Freizeitarbeit, Selbshilfe als Mittel zur individuellen Veränderung. Dies sind die Tendenzen, die wir auch in unserem Projekt dem FFGZ Berlin, beobachtet haben. Wir versuchen jedoch, offensiv gegen die frauenfeindliche Medizin und die Ausbeutung der Gebärfähigkeit der Frau vorzugehen und unsere Sexualität und Gesundheitsversorgung selbst zu bestimmen..."

Kontakt: Elisabeth Owsianowski, Alemannstr. 22, 3000 Hannover, Tel. 0511 / 352180, oder
FFGZ Berlin, Kadettenweg 77, 1000 Berlin 45, Tel. 030 / 8335442/12.

Für ein strahlendes Hessen

Atommüll ist eines unsrer brennendsten Zeitprobleme geworden. Atommüll, wie er in jedem Kernkraftwerk produziert wird. Der die tausendfache Radioaktivitätsmenge der Bombe von Hiroshima enthält. Der ständig Hitze abgibt wie ein Tauchsieder. Der, einmal freigesetzt, riesige Gebiete für immer verseucht. Der die nächsten 10.000 Jahre nicht mit Menschen in Berührung kommen darf.

Doch sind dies Probleme? Nein! Für uns Deutsche gibt es diese Probleme nicht.

Oder haben Sie schon erlebt, daß unsere Technik versagt? Haben Sie schon mal einen Arbeitsunfall erlebt, ist schon mal ein Flugzeug abgestürzt, gabs schon mal eine Panne im Atomkraftwerk?

Sehen Sie, und genauso unmöglich ist es, daß in einer hessischen Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) für Atommüll ein Unfall passiert!

Sicher werden alle hessischen Bürger das einsehen. Und freudig unser Angebot annehmen: Als Höhepunkt dieser Anzeigenkampagne mit dem Bau der hessischen Atommüllfabrik beginnen. In Gorleben hat eine Bande gewissenloser Kernkraftgegner einen solchen Plan verhindert. Nun haben die Hessen die Chance, an der Front des Fortschritts die Speerspitze des Atomprogramms zu bilden. Wir bedanken uns hiermt bei der sozialliberalen Regierung Hessens: Sie hat es endlich geschafft, mit ihrer Kriecherei in den Arsch der Atomindustrie die CDU zu überholen.

Wir versichern den hessischen Bürgern: Es droht keine Gefahr. Unfälle kommen nie vor... keine Radioaktivität... normaler chemischer Betrieb...

Jede unsrer bislang 45 Anzeigen in allen hessischen Zeitungen kostet an die hunderttausend Mark, die Sie über Ihren Strompreis selbst bezahlen.

Danke, daß Sie sich das bis heute gefallen ließen!



Hessischer Informationskreis für Kernkraftpropaganda

Der Umweltladen *in Wiesbaden versendet Gegenanzeigen zu den Betreiberanzeigen des „Informationskreises Kernenergie“:*

Plakate 50 Stück 10,– DM
Flugblätter 500 Stück 15,– DM
Kontakt: Umweltladen, Adlerstr. 30, 6200 Wiesbaden

NEUES VON DER B 8

Königstein/Kelkheim
15. März

Am 4.3. fand im Amtsgericht Frankfurt der 2. Prozeß gegen einen Dammbesetzer wegen Verstoßen gegen das Landschaftsschutzgesetz statt.

Nachdem auch der Winter die Hoffnungen der Behörden nicht erfüllte, daß die Dammbesetzer das Feld von alleine räumen (im Gegenteil, sie fangen jetzt sogar an, ein brachliegendes Feld in der Umgebung des Damms zu bestellen), versuchten sie jetzt mit gerichtlichen Schritten gegen die Leute vom Damm vorzugehen.

Gegenstand der Anklage ist das Errichten einer Blockhütte im Landschaftsschutzgebiet, die dasselbe verschandeln soll (so drücken es zumindest die Behörden aus.) Jetzt schon zeichnet sich ein klares Bild ab: Mit dieser Taktik haben sie sich in den eigenen Schwanz gebissen. Rein formell soll die Anklage die Landschaft schützen, in Wirklichkeit jedoch die Widerstände gegen die Zubetonierung der Landschaft kriminalisieren. Allerdings kann die Anklage nicht aufrecht erhalten werden, da die angeblichen Verstöße gegen die Landschaftsschutzverordnung sich ausschließlich auf das Landschaftsschutzgebiet beziehen. Die Blockhütte, Punkt der Anklage, befindet sich hingegen auf der schon für die Straße aufgeschüttete Trasse, die demzufolge schon nicht mehr dem Landschaftsschutzgebiet zuzurechnen ist.

Diese Hintergründe wurden sogar in den Plädoyers der beiden Staatsanwälte vertreten, was die Absurdität des Verfahrens hervorhebt. Sie forderten Freispruch, dem der Richter (Schwalbe!!!!) schließlich auch zustimmte, da die geladenen Zeugen (2 Bullen und ein Typ vom Landratsamt) sich auch an keine Details mehr erinnern konnten, und der Angeklagte nicht identifiziert werden konnte.

Das war natürlich ein recht unerwarteter Ausgang für uns, doch ist es nicht als Grundsatzurteil anzusehen. Weitere Prozesse werden auf uns zukommen, und wir haben damit zu rechnen, daß sich Staatsanwaltschaft und Behörden langsam mal eine andere Vorgehensweise überlegen.

Derweil ist das Dorf auf dem Damm um einiges gewachsen; zum harten Kern der Besetzer sind 4 Ziegen, 3 Hühner und mehrere Kaninchen gestoßen. Eine Windmühle und ein Informations„odeon" befinden sich im Bau. Nun, da der Winter vorbei ist, zieht's die Dammler raus aufs Feld und in den Garten (bzw. Gewächshaus).

Diese „Romantik" lockt Wochenende für Wochenende hunderte von Besuchern (Polit-Touristen und „Bürgers") an. Manchmal kommen sich die Dammbesetzer samstags vor wie im Zoo, und es ist ihnen unmöglich, bei diesem Ansturm auf einzelne gut einzugehen.

Wer von euch wirklich was vom Leben auf dem Damm mitkriegen will, sollte deshalb besser mal unter der Woche vorbeischauen.

Übrigens, Anfang Mai, der genaue Termin steht noch nicht fest, soll bei uns ein Riesen-Fest (1 Jahr Damm) stattfinden.

Kontakt: Albi Kündiger, Frankfurter Straße 125, 6233 Kelkheim-Münster i.T., Tel.: 06195 / 5792.

MEDIEN

RADIO ZEBRA: DIE ERSTEN ERFAHRUNGEN

BREMEN
März '80

Nach der Ankündigung der Sendungen von Radio Zebra (ID 323), dem Bericht von den ersten Probesendungen (ID 325), kommt nun ein Erfahrungsbericht über den Beginn der regulären Sendungen.

Die Premiere

Radio Zebra hat seine Feuerprobe bestanden. Am 19.3. um 18.45 Uhr wurde die erste reguläre Sendung abgestrahlt. Auch wenn's aufgrund einer — wie man hörte — „kleinen technischen Panne" nur 13 Minuten waren, der Sender lief und die Post ins Leere.

Wie allgemein feststellbar, sollten die 15 Minuten von drei verschiedenen Sendern abgestrahlt werden. In den ersten 5 Minuten gings um die unfreiwilligen Mithörer von der Post. Sie wurden aufgefordert, doch mal ihren eigenen Kopf zu gebrauchen und nicht nur nach der Pfeife der Vorgesetzten zu tanzen. „Laßt Euch mal ein bißchen Zeit beim Peilen, tretet das Gaspedal nicht so stark durch. Wir senden auch für euch!" Weiter erging eine erneute Verwarnung an die „Spekulanten und Möchtegernkojaks". Sie sollen endlich aufhören, über die Radiomacher/innen zu spekulieren. Der erste Teil endete mit dem Hinweis, nunmehr seine Antennen neu auszureichten, denn dies war der erste Streich, der zweite folgt sogleich.

Wenige Sekunden später begann der zweite Teil. Die Qualität war etwas schlechter und der Sendestandort war ein völlig anderer (wie mensch an der Antennenausrichtung erkennen konnte) — aber auch der zweite Teil war gut zu verstehen. Hier gings um die letzte Woche bekanntgewordenen Störfälle im AKW Esenshamm und die Auswirkungen auf die Bevölkerung. Nach Informationen eines Beschäftigten ist eine große Menge radioaktiven Jods über den Schornstein abgeblasen worden. Die Auswirkungen auf die Bevölkerung seien wie immer in den bürgerlichen Medien heruntergespielt worden.

Es folgte eine Besprechung des Films „China-Syndrom". Man solle es nicht bei dem Schock belassen, den der Film hinterläßt, sondern sich weiter informieren und sich am Widerstand gegen die Atomanlagen beteiligen.

Der zweite Teil endete: Dieses war der zweite Teil und der dritte folgt sogleich. Nur leider klappte es dann nicht mehr. Mensch konnte seltsame Geräusche am Radio vernehmen. Wie mitgeteilt wurde, lags am Casettenrecorder. Der Fehler sei jedoch schon gefunden und behoben worden. Wir werden es ja hören.
Nächste Sendetermine: 16.4.; 30.4.; 14.5.; 28.5. jeweils 18.45 auf 104 MHz UKW.

Den Einfall mit den verschiedenen Sendern finde ich unheimlich toll. Die Post spekulierte nacheigenen Angaben auf eine Sendezeit von 15 Minuten. Erst dann habe sie eine reelle Chance, den Sender ausfindig zu machen. Daraus wird ja nun wohl nichts. Im Grunde könnte die Sendezeit auf diese Art und Weise ja noch länger als 15 Minuten sein. Ist dann allerdings die Frage, ob soviele Sender vorhanden sind.

Auch inhaltlich war die letzte Sendung ein gutes Beispiel, wofür ein Sender geeignet ist: Gegeninformation und Organisierung des Widerstandes.

Die Atomunfälle in Esensham sind in der Bremer Öffentlichkeit nicht kritisch oder gar nicht verarbeitet worden. Im Gegenteil: In den Tagen der Atomunfälle erschien in den BREMER NACHRICHTEN ein Artikel darüber, wie wohl sich doch die Fische in den Abwässern (schön warm solls dort sein) eines AKW fühlen.
Insofern hat RADIO ZEBRA diesmal ein echtes Stück Gegeninformation geleistet und dies gleichzeitig noch mit Handlungsperspektiven verbunden.

Die ersten Reaktionen

Die breite Unterstützung des Senders läuft auch gut an. Der Freundeskreis RADIO ZEBRA trifft sich immer montags um 18.00 Uhr im BBA-Laden, Ostertorsteinweg 43. Alle, die sich an diesem Radio beteiligen wollen, sollten mit diesem Freundeskreis Kontakt aufnehmen. Dort sind auch Leute, die selber schon Sendungen gemacht haben und anderen technische Unterstützung zuteil werden lassen können.



denfalls, was die „politischen" Kreise in Bremen betrifft, als da sind die BBA und andere „Basisinitiativen". Große Begeisterung gab es bei den Jugendlichen, vor allem Schülern. Radio Zebra ist populär.

Nochmal zum Mitschreiben und Nachdrucken:
Radio Zebra c/o BBA-Laden, Ostertorsteinweg 43, 2800 Bremen 1
Nächste Sendungen: 16. und 30. April, 14. und 28. Mai um 18.45 Uhr auf 104 Mhz UKW
Freundeskreis Radio Zebra, c/o BBA-Laden (siehe oben) trifft sich immer montags um 18.00 Uhr im BBA-Laden.



FEEDBACK ÜBERS KABELNETZ

Wie bekannt ist, rühren Bundespost und Industrie kräftig die Werbetrommel, um das Kabelfernsehen in den Großstädten einzuführen. Zweifelsohne wird durch diese Einrichtung ein besserer Empfang gewährleistet.

Außerdem wird es in 3 bis 4 Jahren möglich sein, per Satellit Programme aus der ganzen Welt zu empfangen. Schließlich wird das Argument der „Sicherung von Arbeitsplätzen" die letzten Zweifel vergessen lassen. Daß die Bundespost und die Industrien Gewinne in Milliardenhöhe durch Installierung und Vermietung erzielen werden, dürfte auch klar sein.

Wovon allerdings noch niemand spricht, sind die Gefahren des Kabelfernsehens:
Die USA, in der Entwicklung der Technik immer um Jahre voraus, ging bereits mit gutem Beispiel voran, die Visionen des Orwellschen „1984" zu verwirklichen.
Den folgenden Bericht entnahmen wir dem Klenkes, Aachen:

Auf frischer Tat erwischt wurde ein Einbrecher, der gestern nacht versucht hatte, in ein Haus im Stadtteil Gut Kullen einzudringen. Obwohl die Besitzer beim Fernsehen eingeschlafen waren, wurde der Einbruchsalarm von dem mit dem Fernsehen gekoppelten Überwachungssystem über den zentralen Computer direkt an die Polizei weitergegeben.

Science fiction? Für uns noch, aber für die Bewohner von „Columbus/USA schon Wirklichkeit. Dort wurde ein Kabelfernsehsystem installiert, daß den Abonnenten nicht nur ca. 30 Programme bietet, sondern auch die Ära des rein passiven Medienkonsums beendet. Das Kabel bringt nicht nur die Programme in den Haushalt, sondern stellt auch in umgekehrter Richtung eine Verbindung zwischen Haushalt und einem zentralen Computer her. Ohne den Sessel zu verlassen, kann der Zuschauer per Knopfdruck an der Wahl von Miß Columbus teilnehmen, nach entsprechender Aufforderung versteht sich.

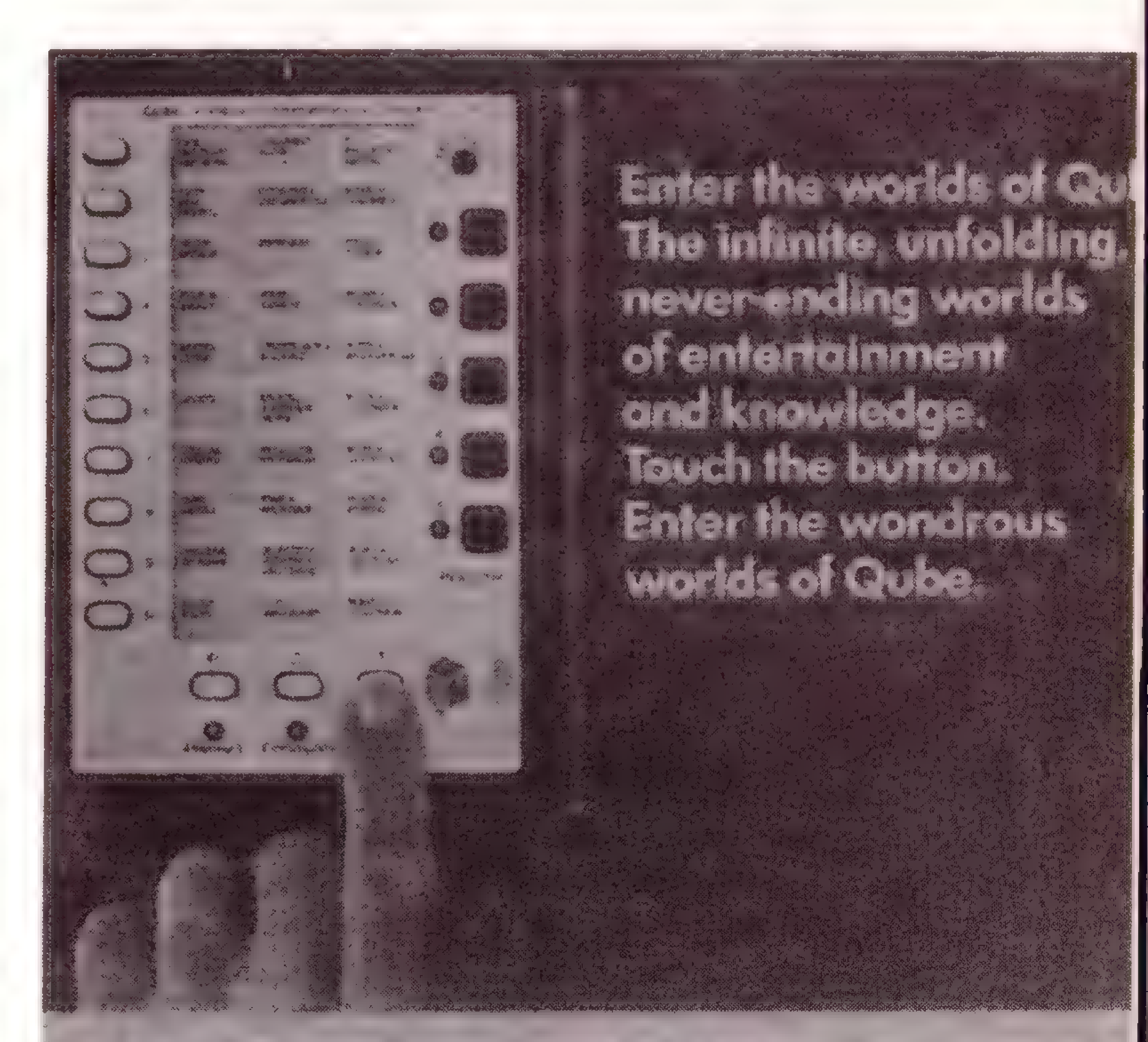
Nach dem Werbespot kann er per Knopfdruck die gezeigte Ware einkaufen, das Geld wird per Computer direkt vom Bankkonto abgebucht. Eine Kleinigkeit, die schon bezahlte Ware nur noch kurz abzuholen.

Weiterer Service des Computers: der automatisierte Notruf, der bei Feuer, Unfall oder Einbruch den aufmerksamen Nachbarn ersetzt.

Das Fernsehkabel als Nabelschnur zur Welt

Ein solches Zweiweg-Kabelfernsehen ist für uns vielleicht wirklich noch Zukunftsmusik. Die Möglichkeit, daheim zwischen 30 und mehr Fernsehprogramme zu wählen, wird uns der technische Fortschritt schon recht bald bescheren: Die Bundespost dringt auf Verkabelung der Großstädte, die Mieteinnahmen für diese Netze versprechen großen Reibach. Die technischen Möglichkeiten zum Direktempfang von Fernsehprogrammen aus dem Weltraum (Satellitenfernsehen) werden in ca. 3-5 Jahren bereitstehen. Fünf Sendekanäle sind jedem europäischen Staat zugestanden. Bei einem Empfangsbereich, der weit über nationale Grenzen hinausgeht, kann man sich ausrechnen, wieviel Programme da so zusammenkommen werden.

Dabei geht es wohl weniger um den „mündigen Bürger", um „Pluralismus" und „Wahlfreiheit", sondern um ein Milliardengeschäft. Denn — daran kann es keinen Zweifel mehr geben — mit der drastischen Ausweitung der Sendemöglichkeiten kommt auch das Privatfernsehen. Allerdings soll da nicht jeder Hergelaufene senden können, eine Bildschirm-„Tageszeitung" oder einen audiovisuellen „Klenkes" soll es nicht geben: „Wir werden den Lizenznehmern bindende Auflagen für die Programme erteilen", erklärte der CDU-Mediensprecher Schwarz-Schilling dem Spiegel.



Dies ist ein Werbetext für das System in Columbus. "Cube" so nennt sic Kabelanstalt, bietet 3 Programleisten mit jeweils 10 Programmen. Rech der sogenannte Rückmeldekanal. Dort können die codierten Meldungen Zuschauer eingegeben werden.



BRIEF AUS CHILE

Santiago, März 80

Liebe ID-Ler, ich bin zur Zeit in Chile und schick euch einen Artikel aus der Solidaridad (Novemberasugabe), hoffe, daß ihr ihn ganz abdruckt, und bald.

Arbeiterinnen der Hoffnung – Solidaridad, Nov. 79

Die Situation, die wir Frauen zur Zeit in den politischen Bereichen erleben, ist die, wie versucht wird, uns endgültig fertig zu machen. Ich weiß nicht, woher wir die Kraft nehmen, weiterzumachen. Unsere Einigkeit in der Hoffnung und Liebe zu unseren Brüdern gibt uns Kraft, weiter zu kämpfen für Gerechtigkeit, Friede und den Frieden unter allen. Dieses erklärten heute etwa 20 Frauen gegenüber Solidaridad, Frauen aus den ärmsten Vierteln von Santiago. – Die Arbeitslosigkeit und ihre dramatischen Folgen – Unterernährung der Kinder, dadurch Abwesenheit in der Schule, Drogenabhängigkeit bei den Jugendlichen, Prostitution, Alkoholismus – sind beängstigend nah. Wir sind Arbeiterinnen und Frauen von Arbeitern, Töchter und Mütter von Arbeitern, sagte eine der anwesenden Frauen. Das Gespräch findet in einer Kapelle der katholischen Kirche statt, welche für Vereinigungen und Gottesdienste in dem Viertel offensteht. Hier, in diesem Viertel, stehen etwa 3000 Häuser (viviandas). In vielen leben zwei oder drei Familien. Die ‚Häuser' sind ein Gemisch aus Notunterkünften, die ‚besseren' sind aus Holzlatten und Büchsen gebaut, aus Abfällen, die so die größere Armut am Wegrand herunterspielen. Auf den Straßen spielen Kinder und Hunde zusammen und suhlen sich im Dreck. Die Kapelle ist genauso arm wie die Umgebung. Die Zusammenkunft fand in einem halbfertigen Raum statt. Alle anwesenden Frauen stimmten darin überein, daß der größte Teil ihrer Probleme aus der miserablen wirtschaftlichen Situation erwächst. – „Was können wir machen, wenn eine Familie mit 9 Personen, einige davon in der Schule, 2200 Pesos (110,- DM) verdient (die Preise für Lebensmittel und Kleidung sind die gleichen wie in der BRD, 20% Steuern auf alles). Allein das Brot, ein Kilogramm am Tag, kostet uns 35 DM (700 Pesos) im Monat," sagte eine Anwesende, deren Mann Bauarbeiter ist. „Wir haben wenigstens diese 2200 Pesos, aber in den Häusern, wo der Mann arbeitslos ist, sieht alles noch viel schlimmer aus. Die Situation, in der die Arbeitslosen leben, ist erniedrigend. Sie haben die Hoffnung verloren, eine feste Arbeit zu finden und leben von Gelegenheit zu Gelegenheit. In sieben Fällen (von zehn?) muß die Frau sich als Hausangestellte verdingen, oder muß die Straße fegen bei der Stadtreinigung. Ich empfinde dies als sehr erniedrigend", sagt die Frau, „und nicht in den schlimmsten Krisen haben wir so etwas erlebt", ergänzt sie. Für Senora Silvia, vier Kinder, sind es die Kinder, die am schwersten unter dieser Situation zu leiden haben. Die Familien in den Vierteln vereinen sich nicht mal mehr zum essen. Die öffentlichen Mittagstische (es gibt nur für ein paar Prozent etwas zu essen dort) ersetzen das gemeinsame Essen. Außerdem bricht die Familie durch diese Situation auseinander. Der Mann ist frustriert und hoffnungslos, weil er keine Arbeit findet. Er flüchtet sich in den Alkohol. Andere haltens nicht mehr aus und hauen ab. Viele Familien werden so zerstört. Die fehlende Arbeit hat die Familien auseinandergerissen. "Wir haben uns in den comedores (Öffentlicher Mittagstisch, meistens von der katholischen Kirche organisiert) und in den Arbeitslosenbasen organisiert, um unseren Kindern zu essen zu geben", sagt Dona Alicia, die außer ihren Kindern noch ihre Enkel im Haus hat. "Wir müssen

teilen, was wir haben. Es trifft mich tief, daß ganze Familien zerstört werden. Es gibt Familien, die mit ansehen müssen, wie ihre Töchter sich prostituieren, um wenigstens etwas zum Essen zu haben. Es trifft mich so tief, daß so viele Menschen kaputt gehen, vor die Hunde", sagt Senora Luisa, die älteste der Gruppe. In dieser Situation, sagen die Frauen, müssen die Frauen aus den poblaciones (Wohnvierteln) die Rolle von Vater und Mutter übernehmen. Sie müssen das Haus führen, arbeiten und etwas zum Essen für ihre Kinder suchen. Der Mann, wenn er nicht schon abgehauen ist, bleibt zu Haus und hütet das Baby oder bringt die Kinder zur Schule. Aber, so sagen sie, die Probleme haben sie dazu gezwungen, sich zu organisieren. In den comedores der Arbeitslosen hat man gelernt, daß man nur gemeinsam fähig ist, die harte Realität zu meistern. "Das Problem ist nicht, daß die Männer faul sind, sondern daß das System ihnen keine Gelegenheit zum arbeiten bietet," sagt Elena. Und Alice fügt hinzu: "Unsere Männer sind nicht gewöhnt zu Hause zu bleiben und die Arbeit im Haushalt zu machen, sie sind dazu erzogen worden zu arbeiten und finanziell für die Familie zu sorgen. Daraus entstehen dann Probleme zwischen den Eheleuten, und die Frauen bleiben alleine mit den Kindern." — "Viele von uns wären schon zerdrückt worden von dieser Situation, endgültig. Aber wir Frauen suchen und suchen. Wir haben Hoffnung und Glaube, daß alles sich ändern wird. Wir sind nicht mit gekreuzten Armen stehengeblieben, sondern sind aus unseren Häusern rausgegangen, um einen Weg zu finden."

— Die anwesenden Frauen stellen klar, daß sie ein würdiges Leben leben wollen, eines, in dem ihre Rechte gewahrt werden. "Wir wollen kein Auto und keinen Fernseher, sondern wir wollen Arbeit und wir wollen Brot für unsere Kinder. Wir wollen, daß sie gehört werden, ihr Leid. Wir von den poblaciones sind genauso Chilenen, wie alle anderen. Wir wollen gehört werden hier in Chile und draußen, denn wir haben einiges zu sagen und zu tun. Wir wollen Gerechtigkeit und Brüderlichkeit und wir wollen Teil haben an dem Aufbau dieser Gesellschaft. Wir haben Hoffnung und kämpfen, damit dies bald Realität sein wird." —
In Chile sind fast alle die Ärmsten, es handelt sich in diesem Artikel nicht um eine Minderheit.

Ein paar kurze Fakten über die Situation in Chile: Nach Berechnungen der Vicaria gibt es zur Zeit 17 % Arbeitslose, 9 % arbeiten im Mindestlohnverhältnis (d.h. 1030 Peso = 50 DM monatlich). Die Arbeitslosen haben keinen Anspruch auf irgendetwas. Nach dieser Gruppe folgen die Arbeiter und Angestellten. Eine Sekretärin verdient z.B. 5000 Peso = 250 DM, ein Uni-Rektor 27 000 Peso = 1350 DM. Die Preise für Lebensmittel, Wasser, Strom, Miete und Kleidung sind fast ebenso hoch wie in der BRD. Gekauft wird fast nur noch auf Kredit, in Monatsraten, so z.B. auch Kleidung und Lebensmittel. In Anbetracht dieser Situation, die sich seit 1973 (dem Jahr des Militärputsches) in jeder Hinsicht permanent verschlimmert hat, bedenke man, daß das chilenische Volk eine solche Situation noch nie gelebt oder erlebt hat. Daß im Gegenteil der Lebensstandard hier so hoch war, daß nach dem 2. Weltkrieg die Menschen hier Fresspakete nach Deutschland geschickt haben.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur:
Heide Platen
Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) :	**30.– DM**
Halbjahr (24 Heftte) :	**60.– DM**
Jahresabo (48 Hefte) :	**120.– DM**

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das **Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).**
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlangerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald auslauft und daß schleunigst Geld auf unser Konto uberwiesen werden muß.
KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!

Türkei-Info erschienen

Die Türkei gewinnt in der Welt auf Grund ihrer geopolitischen Lage und besonders in der BRD durch die Existenz von fast zwei Millionen Menschen aus der Türkei, die hier leben, Tag für Tag an Bedeutung.

Diese Menschen werden von dieser Situation beeinflußt und politisiert. Und das beunruhigt die bürgerlichen Deutschen und Türken, deren Presse die Ereignisse in der BRD als „ „extremistische Auseinandersetzungen", als „Links-Rechts-Kämpfe" abtut.

Davon kann keine Rede sein. Es gibt ein gegen unser Volk gerichteten und erklärten Krieg, faschistische Massaker... Aus diesem Grund fallen auf allen demokratischen Kräften wichtige Aufgaben zu.

Es ist unbedingt notwendig, systematisch darüber zu berichten und aufklärende politische Ansichten gegen die Berichte in der bürgerlichen Presse zu veröffentlichen.

Verein der fortschrittlichen Arbeiter aus der Türkei Kajen 22, 2000 Hamburg 11, Tel.: 366678.

FOLTER IN EL SAVADOR

„Hier gibt es nur die Machete!"

Bericht eines Bauern, der überlebte

EL SAVADOR *Bei mir, Notar dieser Stadt, erscheint Herr Federico Corvera Rodriguez, 34 Jahre alt, Kleinbauer aus Teceluca, identifiziert durch die beiden Zeugen XY, Anwälte aus San Vicente. Der Anwesende erklärt:*

Er widmet sich zusammen mit seiner Ehefrau der Landarbeit, und zwar der Ansaat von Zwiebeln, Chili, Mais und Reis und anderen Gütern. Politisch war er ein Mitglied der christdemokratischen Partei und in der Wahlkampagne des Ingenieurs Jose N. Duarte tätig. Später hatte er an der letzten Präsidentschaftskampagne des Oberst Claramount teilgenommen.

Eines Tages, am 19. Mai dieses Jahres, war er in San Vincente, um Werkzeug zu kaufen. Gegen 11 Uhr nahm er den Bus, um nach Tecoluca zurückzufahren. Auf dem Weg hielten zwei zivil gekleidete Guardias und ein Mann vom ORDEN den Bus an und holten ihn aus dem Bus heraus. Sie fragten ihn, wie er heiße und sagten, er müsse mitkommen. Er solle ohne Fesseln gehen, aber wenn er versuche zu fliehen, würden sie ihn töten. Er antwortete, daß er bestimmt nicht fliehen würde, weil er nichts begangen habe. Sie gingen zur Kommandantur von San Vincente. Dort angekommen, packte ihn der Hauptmann, der an der Tür stand, an den Haaren und zog ihn herein. Dann wurde er in eine Zelle gebracht, und dort sagte der Hauptmann zu einem anderen Guardia: „Hier bring ich dir noch einen Subversiven, pack ihn an den Daumen." Und dann stieß er ihn in die Zelle und fesselte ihn. Er verband ihm die Augen und steckte ihm ein Tuch in den Mund, band ihm den Mund zu. Dann legte er ihn mit dem Gesicht nach unten und begann, ihn zu schlagen. Zwei Guardias fielen über ihn her und schlugen ihn. Da er geknebelt war und eine Kapuze trug, hörte man die Schreie nicht. Schließlich wurden sie müde ihn zu schlagen, und sie ließen ihn liegen den ganzen Tag, bis ungefähr 5 Uhr nachtmittags.

Da erschien dann ein Hauptmann mit einem Tonbandgerät und sagte ihm: "So, heute wirst du mir gestehen. Du stellst dir vor, ich bin der Geistliche und ich werde dir die Beichte abnehmen. Wenn du mitmachst, werden wir dich rauslassen. Wenn nicht, wirst du zum Heiligen Petrus gehen". Und er antwortete ihm, daß er nichts beichten könne, denn er wisse nicht, worum es ginge. Der Hauptmann befahl daraufhin, daß man ihn hinsetzen und ihm den Knebel aus dem Mund nehmen soll. Und er sagte: "So, alle die Fragen, die ich dir jetzt stelle, wirst du mir beantworten. Wenn nicht, wirst du sterben". Er sagte, daß, wenn er auch sterben würde, er aber keine der Fragen beantworten könne. "Ich stelle dir jetzt die erste Frage", sagte der Hauptmann. "Welcher Gruppe gehörst du an? " "Ich gehöre keiner Gruppe an", antwortete er. Daraufhin wurden ihm Elektroschocks an allen Körperstellen versetzt, und es wurdem ihm weitere Fragen gestellt, und der Hauptmann behauptete immer, er sei für die Sicherheit des Revolutionären Volksblocks zuständig. Aber er antwortete immer darauf, daß das nicht stimmt, und da er sich nicht schuldig bekannte, wurden ihm noch mehrmals Elektroschocks versetzt. Und als man schließlich der Elektroschocks müde war, sagte der Hauptmann: "Dieser hier wird sterben, der will nicht mit uns zusammenarbeiten, er wird zum Heiligen Petrus gehen", und er antwortete ihm, daß er sich nicht für etwas beschuldigen könne, was er nicht gemacht habe; wenn er auch sterben würde, er würde sich aber nicht beschuldigen. Dann befahl der Hauptmann, daß man ihm den Knebel in den Mund stecke, und sie banden ihn fest und ließen ihn dort. Dann stürzten sich noch einmal zwei Guardias auf ihn und schlugen ihn am ganzen Körper. Schließlich waren sie müde vom Schlagen, ließen ihn dort liegen und gingen.

Ungefähr um 7 Uhr abends kamen sie ihn holen und schütteten eisiges Wasser über ihn und sagten zu ihm: "Siehst du, zuhause badest du nicht um diese Zeit, und jetzt baden wir dich sogar, wie gern wir dich haben"; danach holten sie noch vier andere Gefangene aus den Zellen und badeten sie auch, und jeden, den sie herausholten, fragten sie, woher er sei. Der eine sagte, er sei aus Esperanza, der andere von San Juan Gonualco, ein anderer von Usulutan, und die anderen sagten, sie seien aus der Vulkanzone beim Vulkan von San Vincente. Als sie sie alle gebadet hatten, sagten sie: "Jeden von euch werden wir in die Nähe von euren Häusern bringen". Zu ihm sagten sie, sie würden ihn beim Markt von Tecoluca lassen, und so sagten sie jedem den Ort, wo sie ihn lassen würden. Als es schon ungefähr 9 Uhr war, hörte man eine Bewegung. Sie sahen nichts, da sie die Augen verbunden hatten. Sie hörten das Geräusch eines Lastwagens, und sie vermuteten, daß man den für sie vorbereitete. Dann kam ein Agent und nahm ihm die Uhr ab und legte sie sich selber an und sagte: „Die Uhr steht mir besser als dem." Danach schüttete ten sie wieder Wasser über ihn und warfen ihn auf den Boden mit dem Gesicht nach unten. Danach, so um 10 Uhr nachts, hoben sie ihn wie einen Gegenstand vom Boden, und ein Hauptmann befahl: "Hebt ihn hinauf, es ist Zeit, daß man sie wegbringt!"und sie zogen ihn auf den Lastwagen, danach die anderen, bis sie alle fünf oben waren.

Der Hauptmann sagte zu ihnen: "Seid vorsichtig, damit sie euch nicht angreifen", und der Lastwagen fuhr los. Sie lagen einer über dem andern, mit dem Gesicht nach unten, und die Guardias saßen auf ihnen. Er vermutete, daß sie schon durch Tecoluca gefahren waren, und er dachte, "es war doch eine Lüge, was sie gesagt haben". Dann merkte er, daß sie durch Zacatecoluca fuhren und danach Richtung Comalapa. Als sie am Hafen Libertad ankamen, hielten sie, und man hörte das Meer. Er vermutete, daß es Libertad war, weil er die Gegend kannte und man das Meer hörte.

Am Eingang des Hafens waren andere Guardias, die grüßten die vom Lastwagen und fragten: "Wo bringt ihr die hin? " "Dorthin, an denselben Ort." Und die Guardias vom Lastwagen tranken noch einen mit den Guardias vom Hafen und blieben noch eine Weile, und einer sagte: "Warum werfen wir sie nicht hier an diese Biegung, hier kommen Lastwagen vorbei und es sieht aus wie ein Verkehrsunfall." „Nein", sagte der andere, „lieber dort am selben Ort." Sie verabschiedeten sich dann und fuhren ungefähr 12 km die Landstraße weiter beim Hafen Litoral.

Dort hielten sie und sagten: „So, hier ist es hübsch." Da kam gerade ein Auto, und ein Guardia sagte: "Hol sie noch nicht runter, da kommt ein Auto, das wird uns anleuchten. Warten wir noch ein Weilchen." Als das Auto vorbei war, sagte derjenige, der die Anordnungen gab: "Hol sie herunter, zieh sie aus. Sie sollen gar nichts anhaben". Als sie ganz nackt dastanden, packten die Guardias den ersten mit der Machete, und der Mann schrie: "Ay, vergebt mir, Väterchen, tötet mich nicht, habt Mitleid mit mir!" Und sie antworteten: "Hier gibt es keine Vergebung, hier rettet dich nichts mehr, auch kein Gott wird dich retten!" Sie versetzten ihm fünf Schläge mit der Machete, und er sah, wie sie ihn den Abhang herunterrollten, dem Meer zu. Dann holten sie den zweiten herunter, gaben auch ihm Hiebe mit der Machete, warfen ihn den Abhang herunter, und man hörte wie er fiel.

So holten sie einen nach dem anderen herunter, bis er als einziger übrigblieb. Sie sahen sich an und sagten: "Da fehlt noch einer, da oben ist noch einer. Hol ihn herunter!" Ein Guardia zog ihn vom Lastwagen herunter, und sie nahmen ihm die Fesseln ab. Als die Fesseln ab waren, zog er sich schnell den Knebel aus dem Mund. Denn in der Dunkelheit sahen sie es nicht. Und er sah nur das klare Meer. Und der andere Guardia schrie: "Zieh ihn aus, zieh ihm die Hose aus und hau ihm auf den Kopf!" In diesem Moment fiel ihm nichts anderes ein und er sagte zu dem Guardia: "Ihr Unseligen, ohne Grund bringt ihr mich um, aber ich lasse meine Kinder zurück." Und der Guardia antwortete: "Hier gibts keine Kinder und keinen Gott, die dich retten. Hier gibt es nur die Machete." „Ihr Feiglinge", sagte er, "warum bringt ihr mich um. nur weil es euch gefällt, ohne daß ich eine Schuld habe."

Da fühlte er den Schlag von der Machete, hinten im Nacken, und er schrie nicht, und dann fühlte er den nächsten Schlag, und er stellte sich vor, daß ihm vielleicht der Kopf abgeschlagen war. Und in seiner Angst und seinem Schmerz erinnerte er sich noch, daß der andere Guardia fragte: "Ist es schon aus mit ihm?". "Ja, es ist schon aus", antwortete der, der ihn tötete. Und der andere rief: "In den Abgrund!", und er rollte ihn den Abhang hinunter und stieß ihn. Ein tiefer Abgrund, aber er war noch lebendig und er hatte keine Fesseln, und da ragte ein Holzstamm heraus und den ergriff er und klammerte sich am Rand fest, und er rutschte immer ab. Er streckte ein Bein aus um den Körper abzustützen, und da fühlte er den Körper von einem. Er streckte den Arm aus, um ihn festzuhalten. In dem Moment leuchteten die Guardias das Wasser mit einer Lampe ab, und der eine sagte zum anderen: "Man sieht sie schon nicht mehr. Sie sind schon im Wasser, komm, gehn wir."

Während dieser Zeit rührte er sich nicht und atmete auch nicht, damit sie ihn nicht hörten. Und als er dachte, daß sie fort seien, bewegte er den Mann, den er am Arm hatte, um zu sehen, ob er noch lebte. Und auf einmal sah er, daß er keinen Kopf mehr hatte, daß er tot war, und er ließ ihn ins Wasser fallen. Und dann kämpfte er, um aus der Schlucht herauszukommen und klammerte sich am Felsen fest, und er rutschte immer herunter. Und er fing noch einmal an, und da war ein Büschel Ginster, und an dem klammerte er sich fest, und nach und nach zog er sich nach oben. Und dann war er auf der Straße, Gott sei Dank. Er war ganz erschöpft und voller Blut, und er begann er zu gehen und lief auf die Landstraße. Er war ganz nackt und blutüberströmt, und es war vielleicht 1 Uhr nachts. Dann kam ein Lastwagen aus der Richtung vom Hafen Acajutla, und er machte ein Zeichen, daß dieser anhielte, aber der Fahrer hielt nur einen Moment an und fuhr gleich weiter. Es gab keine Häuser in der Nähe. Auf der einen Seite war das Meer, und auf der anderen Hügel, nur Hügel. Und er ging weiter, und in einer Biegung setzte er sich, und dort blieb er die Nacht. Er blutete, und wenn sich ein Platz mit Blut füllte, setzte er sich auf den anderen, und ungefähr um 3 Uhr nachts fing es an, daß er immer ohnmächtig wurde, und er dachte, wenn nur der Tagesanbruch käme, dann könnte er zu einem Krankenhaus und seine Familie benachrichtigen, damit sie erführen, wo er war. Daran dachte er viel.

Um vier Uhr vielleicht kam auf einem Fußweg den Hügel herunter ein Mann, und er rief laut diesen Mann an und der näherte sich und beleuchtete ihn mit einer Taschenlampe und erschrak, als er ihn da sah, nackt und voller Blut. Er sagte: „Erschrick nicht, ich bin verletzt, hab keine Angst, komm, nimm mir diesen Fetzen ab, denn ich hier um den Hals habe", denn da war noch die Kapuze, die er um den Hals hatte, „nimm sie ab, sie ist voller Blut". Der Mann leuchtete ihn nur an und sagte: „Es ist besser, wenn ich noch einmal zurückkomme." Und er flehte ihn an, daß er auch ja zurückkäme und daß er ihm Wasser und Essen mitbringen solle, denn er hatte großen Hunger und Durst, und er sagte ihm, er solle ihm ganz viel Wasser mitbringen. Er stellte sich schon vor, daß der andere Angst vor ihm habe und daß er deswegen nicht zurückkommen werde.

Als es Tag wurde, sah er, daß der andere nicht kam. Da fuhr der erste Bus vorbei, und er machte eine ungeheure Anstrengung und stand auf und ging an die Straße, um ihn anzuhalten. Aber sie wollten ihm nicht helfen. Er fühlte sich sehr schwach und konnte sich schon nicht mehr auf den Beinen halten und wurde dauernd ohnmächtig. Es kamen noch viele Autos vorbei, aber die Fahrer hielten nicht an. Sie beugten sich nur heraus und sahen ihn und fuhren weiter.

Einige hielten an, und die, die anhielten, sagten, daß er verrückt sei und fuhren weiter. Als er sah, daß ihm niemand half, machte er sich noch einmal auf den Weg in Richtung des Hafens La Libertad, aber er hatte große Angst, daß er auf die Guardia treffen könnte und daß sie ihn wieder einfangen würden. So ging er immer ein Stückchen weiter, und es wurde oft dunkel um ihn, und er wurde ohnmächtig, manchmal kroch er auf allen vieren wie ein Kind, und wenn er wieder Kraft hatte, richtete er sich auf. Auf diese Weise kam er zu einem Haus. Es war ein sehr armseliges Haus und es kam ein Mann heraus, und der hatte Mitleid und half ihm. Er hatte aber Angst, daß er in seinem Haus sterben könnte und bat ihn, daß er draußen vor dem Haus bleiben solle an der Straße, denn wenn er stürbe, würde man vielleicht sagen, daß er ihn umgebracht habe. Der Mann und seine Kinder waren aber sehr freundlich zu ihm, sie gaben ihm Kleider, eine Hose und ein Hemd. Sie gaben ihm Wasser und Essen. Und dann sagte der Mann, daß er der Guardia Bescheid sagen werde, damit sie sich um ihn kümmern sollen. Aber er antwortete, daß er der Guardia nichts sagen dürfe, und er erzählte dem Mann, was ihm passiert war. Der entschied dann, daß er zu einem Freund gehe, der beim Roten Kreuz arbeitete, damit er ihn ins Krankenhaus bringe. Aber sie beschlossen, dem zu sagen, er sei von Räubern angegriffen worden. Der Mann ging zu seinem Freund, und dann brachten sie ihn in einem Ambulanzwagen ins Krankenhaus von Santa Tecla. Dort wurde er gut gepflegt, sie spritzten ihm Serum, und eine Menge Sachen gaben sie ihm.

Der Arzt, der ihn pflegte, fragte ihn, wie er denn verletzt worden sei. Er wollte erst lügen, aber man sah die Foltermerkmale an den Daumen und die Verbrennungen von den Elektroschocks, deshalb faßte er Vertrauen zu dem Arzt und sagte ihm die Wahrheit, und der Arzt sagte, daß er ihn nicht verraten würde. Der Arzt nähte ihn und sagte dann, er würde ihn zu einer Ambulanz bringen. Er bat aber, zu einem Freund gebracht zu werden, damit ihn der pflege. Er war erst im Haus von diesem Freund. Da er dort aber nicht sicher war, brachten sie ihn eines Tages von dort fort, er wußte nicht wohin. Er vermutete, daß es Studenten von der Universität waren und daß sie ihn dorthin brachten.

Nach ein paar Tagen brachten sie ihn an einen anderen Ort, und überall waren Ärzte, die ihn pflegten. Als es ihm besser ging, ließ er seine Familie benachrichtigen und ging zu ihr, und er benachrichtigte auch die christdemokratische Partei und bat sie um Schutz. Das ist die Geschichte seines Leidens, und er hofft zu Gott, daß seine Opfer eines Tages dazu führen, daß es seinen Kindern besser geht.

Das erklärte der Anwesende vor mir, und ich, eingeschriebener Notar, erkläre, daß die Aussage unter Eid stattfand und in Anwesenheit der erwähnten Zeugen. Daß die Identität der Zeugen gesetzmäßig festgestellt wurde und daß der Anwesende seine Aussage bei voller Besinnung gemacht hat."
(Anwaltliche Aussage, bei der Menschenrechtskommission in El Salvador vorgelegt)

Weitere Informationen über EL SALVADOR kann man erhalten bei: Informationsstelle EL SALVADOR e. V., Kiliansplatz 5, 8000 München, Tel.: 089 / 509085.
Spendenkonto: Postscheckamt München 180769–802, Philip Hamer.



ÜBER EINE MILLION MENSCHEN LIQUIDIERT?

KABUL
Dezember '79

In Afghanistan geht der Guerillakrieg gegen die sowjetischen Interventionstruppen und die Karmal-Regierung weiter. Einen Augenzeugenbericht haben wir aus der Bonner Zeitung „De Schnüss" entnommen, in dem der Verfasser die Lage vor und nach der Amin-Aera beschreibt. Unter Amins Regierung sollen – nach dem Bericht des Verfassers – über eine Million Menschen umgebracht worden seien. Eine erschreckende Parallele zu Kambodscha unter Pol Pot?

DIE ANGST IST VOR DEM TOD GEWICHEN

von Daud Hedayat

Nachdem ich Nachricht vom Tode meines Vaters erhalte, fliege ich am Freitag, den 21.Dezember, von Frankfurt nach Kabul. Da wegen der Wetterverhältnisse die Landung in Kabul unmöglich ist, wird nach elfstündigem Flug in Kandahar (eine Stadt im Süden Afghanistans nahe der pakistanischen Grenze) zwischengelandet. Sämtliche 250 Passagiere, davon etwas weniger als die Hälfte Kinder, darunter auch Säuglinge, werden in einen Warteraum des Flughafens geführt, der trotz der herrschenden Kälte ungeheizt ist. Der Flughafen bietet einen gespenstischen Anblick; einige Wände sind fast vollständig mit roten Transparenten verhängt: „Amin ist der direkte Führer der Revolution."

Das Personal der Ariana (= die Afghanische Fluggesellschaft) ruft uns fast stündlich auf, uns zum Ausgang der Halle zu begeben; wegen heftiger Schneefälle in und um Kabul wird der Weiterflug jedoch immer wieder verschoben. Abends um 22 Uhr werden die Passagiere dann auf ungeheizte Hotels verteilt – all dies immer noch ohne ein Wort der Entschuldigung von seiten des Personals. Nach weiteren Verzögerungen, auf die ich nicht weiter eingehen brauche, kommen wir endlich um 11.30 Uhr des folgenden Tages (es ist mittlerweile Sonntag) auf dem internationalen Flughafen von Kabul an. Auch hier im Flughafengebäude, wie auch später in der Innenstadt, fällt zunächst die alles beherrschende Farbe „Rot" auf: rote Wände mit den dazugehörigen Parolen; später rote Häuserfassaden. Es erweckt in mir den Eindruck, daß hier mit Blut gemalt worden ist. Als ich durch die Paßkontrolle gehe, nimmt mir der afghanische Polizist meinen Paß ab, ohne auch nur einen Blick darauf zu werfen. Anschließend passiere ich den Zoll, wo mich ein weiterer Polizist, diesmal in Zivil, nach dem Namen fragt, darauf in einer Liste nachschlägt und meinen Namen, der sich offensichtlich noch nicht auf der Liste befindet, dort einträgt.

Mein Onkel, der mich mit dem Wagen abholt, gibt mir unterwegs zu allererst den Rat, nichts gesehen und gehört zu haben und den Mund zu halten. Zu Hause, die Trauerfeierlichkeiten schon vorbei, erfahre ich nach und nach von den zahllosen Toten und Gefangenen, die das Regime Amins und der Terror der sogenannten Rebellen bei gezielten Hausdurchsuchungen und Überfällen gefordert haben. In den folgenden Tagen und Nächten hören wir Schüsse und bringen uns wiederholt in den Keller in Sicherheit. Jeder wartet auf seine Verschleppung und seinen Tod. Mein Schwager, der Hochschullehrer in Kabul ist, verabschiedet sich jeden Morgen so, als sei es für immer. Zu Hause traut sich niemand, offen über die politische Situation zu reden, denn eines der Kinder, mein sechseinhalbjähriger Neffe, ist Mitglied der Kinderorganisation der Khalq-Partei und bespitzelt die ganze Familie. Die Kontrolle der Familie durch kindliche Spione ist leider kein Einzelfall, wie ich erfahren muß, sondern Teil eines faschistischen Systems. Die Kinder haben nicht nur Kontrolle über die Familie, sondern ebenfalls über die Lehrer, wie meine Schwestern, die alle Lehrerinnen sind, berichten. Seit Monaten habe der übliche Verlauf von sechs Schultagen so ausgesehen, daß an zwei Tagen unterrichtet wurde und an den übrigen Tagen von der Schuldirektion befohlene Demonstrationen stattfanden. Lehrer, die sich diesen Demonstrationen widersetzten, drohte die fristlose Entlassung oder Gefängnis (und dies alles in einer Zeit, in der man lautstark den Kampf gegen das Analphabetentum propagiert). In traurigem Einklang hiermit steht die Tatsache,

daß die „Taraki" und „Amin"-Regierungen zunächst ein fortschrittliches Sozial- und Bildungsprogramm aufgestellt hatten, im ganzen Land (also nicht nur in den Städten) neue Schulen bauen ließen und diese später in Gefängnisse umwandelten, in denen nahezu die ganze afghanische Intelligenz und fortschrittliche Menschen des Landes verschwanden. Die Erinnerung an das Pol-Pot-Regime in Kambodscha, wo ebenso verfahren wurde, drängt sich unweigerlich auf.

Am Abend des 27. Dezember, einem Donnerstag, sitze ich mit meiner Familie beim Abendessen. Gegen acht Uhr hören wir plötzlich Schüsse, und das Fernsehen geht aus. Da wir annehmen, daß es sich wieder um einen Überfall handelt, schalten wir das Licht aus und gehen in den Keller. Dort hören wir um neun Uhr, daß Radio Kabul sein normales Programm beendet und die nationale Musik der afghanischen Völker auszustrahlen beginnt. Einige Minuten später hören wir die Stimme Babrak Karmals, die von der Befreiung des afghanischen Volkes spricht. In diesem Moment können wir wieder aufatmen; wir küssen uns und gehen wieder nach oben. In der Rede Karmals wird die brüderliche Hilfeleistung der Sowjetunion und die Freilassung aller politischen Gefangenen bekanntgegeben. Wir schlafen die ganze Nacht nicht; so ungeheuerlich ist das Gefühl der Erlösung.

Wir können wieder frei sprechen, ohne Angst vor unserem sechseinhalbjährigen Neffen zu haben.

Am nächsten Morgen (es ist jetzt Freitag) gehen wir um sieben Uhr auf die Straße, die schon von Gesichtern, die wieder lachen können, bevölkert ist, und sehen an strategisch wichtigen Punkten der Stadt afghanische Volksmilizen, afghanische und sowjetische Soldaten. Ich sehe, wie einige Bewohner der Stadt sowjetischen Soldaten Tee bringen.

Das Leben hat sich normalisiert; die Menschen bewegen sich ohne Angst auf den Straßen; man äußerst sich nach der Zeit der Entmündigung wieder politisch, wie ich mich bei einem Rundgang durch den alten und neuen Teil der Stadt überzeugen kann.

Auch in den nächsten Tagen bin ich viel unterwegs. Ich gehe über den Basar, in die Universität, in Ministerien und spreche mit den Menschen. Die Verbrechen der Amin-Zeit und der sogenannten Rebellen sind das Hauptthema. Jeder Bürger hat unter ihnen gelitten.

Später, es ist nun schon Januar, bin ich auch an dem Tag, für den die Freilassung der politischen Gefangenen angekündigt ist, auf der Straße. Das Pul-Tscharchi-Gefängnis liegt einige Kilometer von Kabul entfernt. Die dorthin führenden Straßen sind von wartenden Menschen vollkommen überfüllt. Außer den Beamten der Verkehrspolizei ist kein Polizist oder Soldat zu sehen. Jeder wartet mit Unruhe auf Bruder, Schwester, Mutter Vater, Kind usw.; ich selbst warte vor dem Gebäude auf einen Freund. Die Menge rechnet mit der Freilassung von zehntausend Gefangenen. Als aber nur etwas mehr als 4000 das Gefängnis tatsächlich verlassen, verlangt man, das Gebäude selbst zu besichtigen. Die Tore werden daraufhin von Gefängnisbeamten geöffnet. Jeder sucht in jeder Ecke nach „seinem" Gefangenen, vergeblich. Auch mein Freund kommt nicht. So bewahrheitet sich das bittere Gerücht, daß über eine Million Menschen umgekommen seien. Bis acht Uhr abends bleiben die Menschen auf den Beinen, da man immer noch eine verzweifelte, letzte Hoffnung hat. Unter den verhältnismäßig wenigen Glücklichen, die nun das Gefängnis verlassen, erkenne ich neunzigjährige Frauen und Männer, sechsjährige und noch kleinere Kinder, die man aus dem Kindergarten verschleppt hat. Am gleichen Tage habe ich sowohl in dem Gefängis selbst als auch später durch Radio und Fernsehen die Gelegenheit, Interviews zwischen Journalisten und entlassenen Gefangenen mitzuerleben. Viele wissen nicht einmal den Grund für ihre Verhaftung. Die Entlassenen sind in der Hauptsache ganz einfache Menschen, die sich nicht politisch betätigt haben; diejenigen, die man vermißt, sind vor allem die Intellektuellen und Angehörigen anderer fortschrittlicher Schichten. Ich höre von undenkbaren Arten der Folterung, die ich nicht mal über Chile, Kambodscha, SAVAK, usw. gehört habe.

Tägliche Massenerschießungen von Häftlingen, für die kein Platz im Gefängnis war, waren laut diesen Berichten an der Tagesordnung.
Tausende wurden lebendig begraben. Eine verheiratete Studentin, die eben entlassen worden ist, berichtet im Fernsehen, wie sie in der Nacht geweckt und von ihrem zwanzig Tage alten Säugling getrennt wurde. Bei einem anschließenden Verhör habe sie den Aufenthaltsort ihres Bruders, eines Mitglieds der Parchem-Partei, angeben sollen und sie sei gefoltert und vergewaltigt worden. Zwei männliche Gefangene, die ich seit langem gut kenne, erzählen, daß sie sieben Stunden lang so gefoltert wurden, daß sie ohne fremde Hilfe nicht mehr essen konnten, und anschließend eine neue Folterkammer aufbauen sollten. Es wäre unmöglich hier in jedem Detail darzustellen, was für Verbrechen ich auf diese Weise erfahren habe.

Auch während meines restlichen Aufenthalts bleibt die Atmosphäre in Kabul spürbar verändert. Während ich in der Amin-Zeit ab vier Uhr nachmittags kaum noch einen Menschen auf der Straße und kaum ein geöffnetes Geschäft sah, sind jetzt Straßen und Geschäfte bis neun Uhr abends belebt, und ich habe den Eindruck, daß die Bevölkerung Vertrauen zu der Regierung unter der Führung Karmals hat. Die ständige Angst vor Verschleppung und Tod ist offenbar gewichen.

Was höre ich unter der Bevölkerung von Kabul über die sogenannten Rebellen? Man hat sie satt. Eine meiner Schwestern berichtet mir, wie die Schule, in der sie unterrichtet, von Rebellen überfallen wurde, Stinkbomben in Klassenzimmer geworfen und Schülerinnen Salzsäure auf die Beine geschüttet wurden. Salzsäureattentate auf Frauen kamen auch auf den Straßen von Kabul vor. Eine Bekannte meines Onkels, der aus Jalalabad in der Nähe der pakistanischen Grenze Ende Januar zu uns kam, erzählte uns wie Rebellen in Jalalabad und Khuner Schulen in Brand steckten. In Khuner überfielen sie eine Lehrerin in ihrem Haus. Nachdem sie sie gefragt hatten, ob sie diejenige sei, die die Kinder unterrichte und diese Frage bejaht worden war, wurde die Frau zuerst gefoltert, indem man ihr die Brüste abschnitt; anschließend verbrannte man das Haus, in dem sich auch ihre kleinen Kinder befanden. Hieraus wird deutlich, wie sich die Verbrechen Amins und die der Rebellen gleichen: Beide Seiten wollten letzlich die feudalistische Tradition bewahren. Die Intellektuellen und alle anderen fortschrittlichen Menschen, die als hinderlich empfunden wurden, schlachtete man buchstäblich ab.

Kurz vor meinem Rückflug im Februar verdichtet sich in Kabul das Gerücht, daß die Rebellen einen neuen Anschlag auf die Bewohner der Stadt planen. Bei Gesprächen mit unseren Nachbarn, mit Geschäftsleuten usw. merke ich, wie groß die allgemeine Angst vor Überfällen und Plünderungen durch die sogenannten Freiheitskämpfer(besser: terroristische Banden), die in der Amin-Zeit mit pakistanischer Hilfe in Kabul in einem weitverzweigten Netz organisiert waren, ist, Darum bin ich(leider) nicht überrascht, als ich wieder in der BRD angekommen, in der hiesigen Presse von den Ereignissen des 21. Februar erfahre. Vielleicht kann sich der Leser jetzt ein Bild davon machen, ob und wie die Hilfe der Sowjetunion notwendig war.

Postvertriebsstück Nr. 328 Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.

Gebühr bezahlt

D 1870 C

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

INHALT

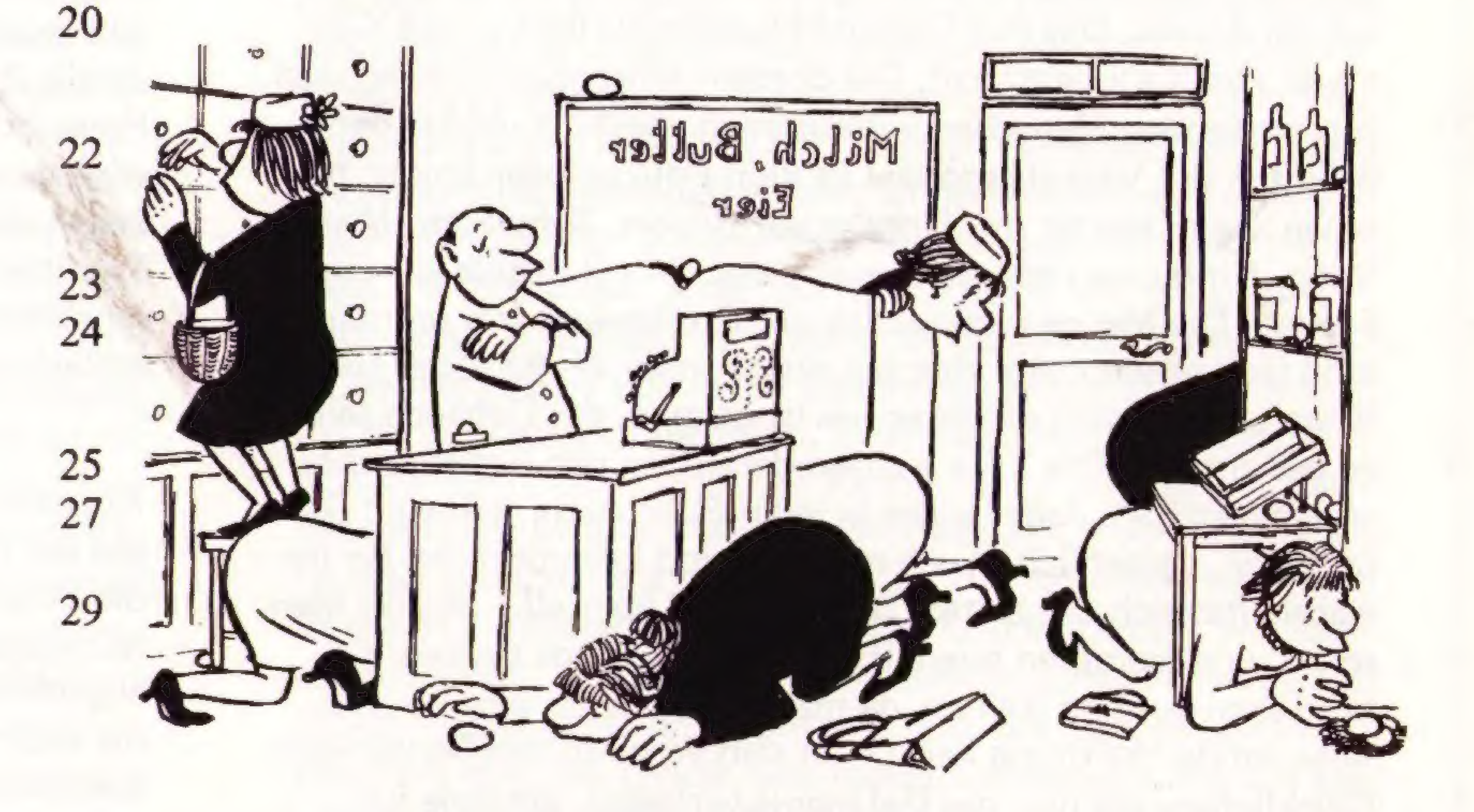
K
11..
auf de.
im Flugh.
zunächst di.
de mit den da.
Es erweckt in m.
den ist. Als ich durc.
afghanische Polizist m.
darauf zu werfen. Ansch.

Fröhliche Ostern

OSTERN



Verantwortungsfrohe Polizeipräsidenten bekleiden ihre Verkehrsstreifen mit der schmucken Osterkluft. Die gut versteckten Beamten erweisen sich bei Überwachung des Festverkehrs als stimmungsstarke Freunde und Helfer.



Feinsinnige Frischei-Händler können den Verkauf der österlichen Ware zu einem kleinen vorfestlichen Ereignis gestalten. Auch eilige Hausfrauen werden diese Aufmerksamkeit des Ladeninhabers zu schätzen wissen.